

Wirklichkeit und Visionen

Strategien für eine erfolgreiche
Gleichstellungsarbeit

Presseresonanz

22. Bundeskonferenz der kommunalen
Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

26. bis 28. Januar 2014
Kongresshotel Potsdam „Am Templiner See“

1. Märkische Allgemeine – MAZ.....	3	49. Wuppertal Presseamt	31
2. Nachrichten aus Potsdam	3	50. Frauenrat.....	32
3. 50 Plus ans Netz.....	4	51. Mag3 i magazin	33
4. Potsdamer Neueste Nachrichten – PNN.....	4	52. SPD Kamen	34
5. Katholische Nachrichtenagentur – kna.....	4	53. Der Westen	35
6. Evangelische Nachrichtenagentur – epd.....	5	54. Diekholzen.de	35
7. Allgäu Nachrichten	5	55. Speyer Aktuell	36
8. Allgäu Hit	5	56. Kreis Coesfeld.....	37
9. Business Panorama News	6	57. Wiesbaden Rathausnachrichten.....	37
10. Wirtschaft com.....	6	58. Hessen Tageblatt.....	38
11. Wallstreet online	6	59. Landkreis Vechta.....	39
12. Bundesministerium Pressemitteilung.....	7	60. Nordwest Zeitung NWZ online.....	39
13. Potsdam de	7	61. Wiehl de.....	39
14. Finanznachrichten	8	62. Nordwestmecklenburg de.....	41
15. Nachrichtenagentur dts	8	63. Kaarst de	41
16. Ad-hoc-news.....	9	64. Diekholzen de	42
17. Frauengesundheitsportal	9	65. Preussenspiegel online.....	42
18. Xing Potsdam	10	66. Falkensee.de.....	43
19. Celle heute	10	67. Lokalkompass Schwerte.....	43
20. Klamm News	10	68. Nordwestzeitung – NWZ.....	45
21. Väteraufbruch	11	69. Kle-point	46
22. Familie und Sport	11	70. Wallstreet-online.....	47
23. Potsdamer Neueste Nachrichten – PNN.....	12	71. Stadt Dresden.....	47
24. Potsdam de	13	72. Kölner Stadtanzeiger	48
25. Facebook Manuela Schwesig.....	14	73. LAG Niedersachsen	48
26. Frauenonline Niedersachsen	14	74. Aachener Nachrichten	49
27. Potsdam de	14	75. Nordhorn de.....	50
28. Potsdam de	15	76. Stadt Lehrte.....	51
29. Blickpunkt Brandenburg	16	77. Landkreis Stade	52
30. O2elf Abendblatt	17	78. Gynäkologen.com	53
31. Facebook Potsdam	17	79. Sarstedt.de	53
32. Oberhausen Presseamt.....	18	80. Markenpost.....	54
33. Berlin Presseamt	19	81. Flensburg online	54
34. Blickpunkt Brandenburg	19	82. Business Panorama.....	55
35. Facebook worker.....	20	83. Unternehmen heute	55
36. Antidiskriminierungsstelle	20	84. Finanznachrichten	56
37. Kaiserslautern Presseamt	21	85. News 25.....	56
38. Noodles com	22	86. Extrem News	56
39. Wesel Presseamt	23	87. Rehmnetz	57
40. Schermbeck online	23	88. Stadt Wolfsburg	57
41. Hildesheim Stadt	24	89. Stadt Kaiserslautern	58
42. Wedmark de	25	90. Deutscher Frauenring	59
43. Helmstedt Magazin	27	91. Euregio Aachen	59
44. Hildesheim Landkreis.....	27	92. Emsland de.....	60
45. Potsdam Presseamt	28	93. Verdi Bayern.....	61
46. Wolfsburger Blatt	29	94. NDR Intranet.....	61
47. Seseke Stadt Kamen	30	95. Nienburger Zeitung	62
48. Wuppertaler Rundschau	31	Impressum.....	63

1. Märkische Allgemeine – MAZ

- <http://www.maz-online.de/Lokales/Potsdam/Potsdam-Frauenministerin-Manuel-Schwesig-ist-am-Sonntag-zu-Gast-in-Potsdam>
- 23.1.2014, 20.37 Uhr, Quelle: dpa

Manuela Schwesig zu Gast in Potsdam Frauenministerin eröffnet Frauenkongress

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig (SPD) stattet der Landeshauptstadt einen Besuch ab. Am Sonntag eröffnet sie im Kongress-Hotel am Templiner See die 22. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen. Bis Dienstag werden dazu mehr als 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland erwartet

Pirschheide. Das Treffen steht in diesem Jahr unter dem Titel „Wirklichkeit und Visionen – Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit“. Bis Dienstag werden dazu mehr als 400 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland erwartet. Auch die Leiterin des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt der Landeshauptstadt, Martina Trauth-Koschnick, nimmt an der Bundeskonferenz teil. Auch der Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg, Günter Baaske, hat sich angekündigt.

Der Kongress findet alle zwei Jahre statt und formuliert gemeinsame Positionen, künftige Arbeitsschwerpunkte und Forderungen in der Gleichstellungspolitik. Er ist außerdem eine Plattform zur Vernetzung mit Experten und Expertinnen aus Gesellschaft, Wissenschaft, Politik und Medien.

Diskutiert werden in diesem Jahr auch die Geschlechterverhältnisse in Politik und Verwaltung. „In der Stadtverwaltung Potsdam sind etwa zwei Drittel der knapp 2000 Beschäftigten Frauen“, sagt Oberbürgermeister Jann Jakobs. „Die Hälfte aller Führungspositionen sind von Frauen besetzt.“ Im Stadtparlament gibt es dagegen von 56 Stadtverordneten nur 21 Frauen. „Sitzungszeiten von 15 bis 22 Uhr machen es für viele Frauen unmöglich, Familie, Beruf und Politik unter einen Hut zu bekommen“, so der Oberbürgermeister. Er sieht allerdings auch die

Stadtverordneten selbst in der Pflicht – sie könnten durch überfraktionelle Zusammenarbeit Stadtverordnetenversammlungen und Ausschüsse zeitlich um einiges verkürzen und somit frauen- und auch familienfreundlicher gestalten. Eine wichtige Rolle bei der Förderung von Chancengleichheit sieht Jakobs auch bei den Beauftragten des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt, die in den vergangenen Jahren wesentliche Themen auf den Weg gebracht haben. Dank der Gleichstellungsbeauftragten Trauth-Koschnick habe man in der Stadtverwaltung eine hohe Sensibilität für Geschlechtergerechtigkeit entwickelt.

Der Kongress wird von der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros alle zwei Jahre in unterschiedlichen Städten durchgeführt, zuletzt 2012 in Düsseldorf. In der Bundesarbeitsgemeinschaft haben sich weibliche, hauptamtliche, kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte zusammengeschlossen, um die Interessen von Frauen auf Bundesebene zu vertreten. *Nf*

2. Nachrichten aus Potsdam

- *Potsdam, 23.1.2014, 18.55 Uhr*
- *Nachrichten von Stadt Potsdam*

400 Gleichstellungsbeauftragte kommen zum Bundeskongress nach Potsdam

Zum 22. Bundeskongress kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros haben Oberbürgermeister Jann Jakobs und die Leiterin des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt, Martina Trauth-Koschnick, Gleichstellungsbeauftragte aus dem gesamten Bundesgebiet nach Potsdam eingeladen. Knapp 400 kommunale Gleichstellungsbeauftragte werden am Kongress teilnehmen. „Ich freue mich über die große Resonanz. So viele Gleichstellungsbeauftragte haben in den Jahren zuvor noch nie an einer Bundeskonferenz teilgenommen“, sagt Oberbürgermeister Jann Jakobs. Die Tagung beginnt mit dem Empfang der Landeshauptstadt Potsdam am Sonntag, 26. Januar, um 18 Uhr im Kongresshotel am Templiner See. Unter dem Motto sind am Montag und Dienstag Vorträge und Foren zu aktuellen frauen- und gleichstellungspolitischen Fragestellungen

gen geplant. Dabei werden auch die Geschlechterverhältnisse in Politik und Verwaltung diskutiert.

„In der Stadtverwaltung Potsdam sind etwa zwei Drittel der knapp 2000 Beschäftigten Frauen. Die Hälfte aller Führungspositionen sind von Frauen besetzt“, sagt Oberbürgermeister Jann Jakobs. Im Stadtparlament gibt es dagegen von 56 Stadtverordneten nur 21 Frauen. „Sitzungszeiten von 15 bis 22 Uhr machen es für viele Frauen unmöglich, Familie, Beruf und Politik unter einen Hut zu bekommen“, so der Oberbürgermeister. Er sieht allerdings auch die Stadtverordneten selbst in der Pflicht, die durch überfraktionelle Zusammenarbeit Stadtverordnetenversammlungen und Ausschüsse zeitlich um einiges verkürzen und somit Frauen- und auch familienfreundlicher gestalten könnten. Eine wichtige Rolle bei der Förderung von Chancengleichheit sieht der Oberbürgermeister auch bei den Beauftragten des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt, die in den vergangenen Jahren hier wesentliche Themen auf den Weg gebracht haben. „Dank der Gleichstellungsbeauftragten Martina Trauth-Koschnick haben wir in der Stadtverwaltung eine hohe Sensibilität für Geschlechtergerechtigkeit entwickelt.“

Der Kongress wird von der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros alle zwei Jahre in unterschiedlichen Städten durchgeführt, zuletzt 2012 in Düsseldorf. In der Bundesarbeitsgemeinschaft haben sich weibliche, hauptamtliche, kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte zusammengeschlossen, um die Interessen von Frauen auf Bundesebene zu vertreten. Die neue Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig hat ihr Kommen angekündigt, ebenso wie der Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg, Günter Baaske.

3. 50 Plus ans Netz

- <http://www.50plus-ans-netz.de/Kalender/2014/Jan/22.-Bundeskonferenz-kommunaler-Frauenbueros-und-Gleichstellungsstellen>
- Potsdam, 26.1.2014

22. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen

Mehr als 400 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus dem ganzen Bundesgebiet kommen zu der 22. Bundeskonferenz nach Potsdam und diskutieren zwei Tage lang unter anderem darüber, wie Visionen zu Wirklichkeiten werden können.

Die Bundeskonferenz findet alle zwei Jahre statt und will gemeinsame Positionen, künftige Arbeitsschwerpunkte und Forderungen in der Gleichstellungspolitik formulieren. Sie ist außerdem eine Plattform zur Vernetzung mit Experten und Expertinnen aus Gesellschaft, Wissenschaft, Politik und Medien.

4. Potsdamer Neueste Nachrichten – PNN

- <http://www.pnn.de/potsdam/822890/>

Frauenbeauftragte tagen in Potsdam

Die neue Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig (SPD) eröffnet am Montagvormittag die 22. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen. Die mehr als 400 Frauenbeauftragten aus ganz Deutschland tagen bis Dienstagabend im Kongress-Hotel am Templiner See.

5. Katholische Nachrichtenagentur – kna

- 27.1. 2014, 16.47 Uhr

Potsdam (KNA) Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will die Gleichstellung von Frauen und Männern zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen. Frauen und Männer sollen die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben, sagte Schwesig am Montag in Potsdam. Sie äußerte sich bei der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros vor über 400 Frauen- und Gleichstel-

lungsbeauftragten. Schwesig betonte, die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern müsse beseitigt werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit müssten Wirklichkeit werden. Zudem seien mehr Frauen in Führungspositionen notwendig. Dazu sei eine gesetzliche Regelung notwendig. *wil/joh*

6. Evangelische Nachrichtenagentur – epd

- 27.1.2014, 16.41 Uhr
- *epd tat jup # epd-Service*

Potsdam (epd). Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will sich für ein Ende der Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern einsetzen. «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden», teilte Schwesig am Montag in Potsdam mit. Die SPD-Politikerin äußerte sich anlässlich der Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros. In den kommenden vier Jahren soll die Gleichstellung von Männern und Frauen zu einem Schwerpunkt ihrer Politik werden, ergänzte Schwesig. Es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Zudem hat sie sich zum Ziel gesetzt, für mehr Frauen den Weg in Führungspositionen zu ebnen. Die Lohndifferenz zwischen den Geschlechtern entspricht nach Angaben des Statistischen Bundesamtes rund 22 Prozent und hat sich im Vergleich zu den Vorjahren nicht verringert. Laut den Statistikern verdienen Frauen zudem bei vergleichbarer Qualifikation und Tätigkeit weiterhin durchschnittlich sieben Prozent pro Stunde weniger als Männer.

7. Allgäu Nachrichten

- http://www.all-in.de/nachrichten/deutschland_welt/politik/Schwesig-will-Gleichstellung-zu-Schwerpunkt-ihrer-Politik-machen;art15808,1518978
- *allgäuweit*

Schwesig will Gleichstellung zu Schwerpunkt ihrer Politik machen

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will die Gleichstellung von Männern und Frauen zu

einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen.

Das kündigte die SPD-Politikerin am Montag auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros in Potsdam an. „Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte Schwesig.

„Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“ Zugleich betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern, so die Familienministerin.

8. Allgäu Hit

- *Potsdam, 27.1.2014*
- © 2014 AllgäuHIT – Baumann & Häuslinger GbR, Blumenstraße 17, 87525 Sonthofen, Telefon: 08321 / 676 1360
- Autor: *dts*, Quelle: *Deutsche Textservice Nachrichtenagentur*, © *Allgäuer Zeitungsverlag GmbH / rta.design GmbH*
- *rsa-radio.de*, *Rundfunkhaus Allgäu*, *rta.design GmbH*, *Radio Galaxy Kempten*, *TV Allgäu Nachrichten*, *allgäu event*

Schwesig will Gleichstellung zu Schwerpunkt ihrer Politik machen

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will die Gleichstellung von Männern und Frauen zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen. Das kündigte die SPD-Politikerin am Montag auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros in Potsdam an.

„Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte Schwesig. „Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“ Zugleich betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern, so die Familienministerin.

9. Business Panorama News

- <http://business-panorama.de/news.php?newsid=213458>
- von Volker Schmidt am 27.1.2014 in der Kategorie Politik mit den Stichwörtern Politik, Deutschland, Gesellschaft abgelegt.

Gesellschaft: Schwesig will Gleichstellung zu Schwerpunkt ihrer Politik machen

Potsdam – Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will die Gleichstellung von Männern und Frauen zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen. Das kündigte die SPD-Politikerin am Montag auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros in Potsdam an.

Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben, sagte Schwesig. Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden. Zugleich betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen.

Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern, so die Familienministerin. *Volker Schmidt*

10. Wirtschaft com

- 27.1.2014, 20.15 Uhr

Schwesig will Gleichstellung zu Schwerpunkt ihrer Politik machen

Potsdam – Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will die Gleichstellung von Männern und Frauen zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen. Das kündigte die SPD-Politikerin am Montag auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros in Potsdam an. „Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte Schwesig.

„Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“ Zugleich betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern, so die Familienministerin.

11. Wallstreet online

- <http://www.wallstreet-online.de/nachricht/6531609-schwesig-gleichstellung-schwerpunkt-politik>
- Nachrichtenagentur: Redaktion dts
27.1.2014, 20.13 Uhr, 143 Aufrufe

Schwesig will Gleichstellung zu Schwerpunkt ihrer Politik machen

Potsdam (dts Nachrichtenagentur) – Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will die Gleichstellung von Männern und Frauen zu einem Schwer-

punkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen. Das kündigte die SPD-Politikerin am Montag auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros in Potsdam an. „Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte Schwesig.

„Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“ Zugleich betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern, so die Familienministerin.

12. Bundesministerium Pressemitteilung

- <http://www.pressemeldungen.com/2014/01/27/bundesministerin-schwesig-frauen-und-maenner-muessen-gleiche-chancen-bekommen/>
- Via pressrelations.de am 27.1.2014 in Politik, Vermischtes

Bundesministerin Schwesig: „Frauen und Männer müssen gleiche Chancen bekommen“

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, wird die Gleichstellung von Frauen und Männern zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen. Das kündigte Schwesig heute (Montag) auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros vor über 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland in Potsdam an.

„Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte die Bundesministerin. „Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche

Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“

In ihrer Ansprache betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern.

Die Bundesfrauenministerin nannte eine Reihe von gleichstellungspolitischen Reformprojekten: Dazu zählen neben einer gesetzlichen Regelung zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen auch Maßnahmen zur Reduzierung der Entgeltlücke oder das ElterngeldPlus, das Müttern wie Vätern die bestmögliche Inanspruchnahme des Elterngeldes ermöglicht.

Die Ministerin betonte, dass für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik nicht nur Reformen auf Bundesebene notwendig seien, sondern auch eine kontinuierliche Arbeit vor Ort. Schwesig dankte den Anwesenden für ihr Engagement und erklärte, dass die Gleichstellungsarbeit unverzichtbar für die örtlichen Strukturen sei und bleiben müsse.

13. Potsdam.de

- <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/29474148/2026848/>

400 Gleichstellungsbeauftragte kommen zum Bundeskongress nach Potsdam

Zum 22. Bundeskongress kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros haben Oberbürgermeister Jann Jakobs und die Leiterin des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt, Martina Trauth-Koschnick, Gleichstellungsbeauftragte aus dem gesamten Bundesgebiet nach Potsdam eingeladen. Knapp 400 kommunale Gleichstellungsbeauftragte werden am Kongress teilnehmen. „Ich freue mich über die große Resonanz. So viele Gleichstellungsbeauftragte haben in den Jahren zuvor noch nie an einer Bundeskonferenz teilgenommen“, sagt Oberbürgermeister Jann Jakobs. Die Tagung beginnt mit dem

Empfang der Landeshauptstadt Potsdam am Sonntag, 26. Januar, um 18 Uhr im Kongresshotel am Templiner See. Unter dem Motto „Wirklichkeit und Visionen – Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit“ sind am Montag und Dienstag Vorträge und Foren zu aktuellen frauen- und gleichstellungspolitischen Fragestellungen geplant. Dabei werden auch die Geschlechterverhältnisse in Politik und Verwaltung diskutiert.

„In der Stadtverwaltung Potsdam sind etwa zwei Drittel der knapp 2000 Beschäftigten Frauen. Die Hälfte aller Führungspositionen sind von Frauen besetzt“, sagt Oberbürgermeister Jann Jakobs. Im Stadtparlament gibt es dagegen von 56 Stadtverordneten nur 21 Frauen. „Sitzungszeiten von 15 bis 22 Uhr machen es für viele Frauen unmöglich, Familie, Beruf und Politik unter einen Hut zu bekommen“, so der Oberbürgermeister. Er sieht allerdings auch die Stadtverordneten selbst in der Pflicht, die durch überfraktionelle Zusammenarbeit Stadtverordnetenversammlungen und Ausschüsse zeitlich um einiges verkürzen und somit Frauen- und auch familienfreundlicher gestalten könnten. Eine wichtige Rolle bei der Förderung von Chancengleichheit sieht der Oberbürgermeister auch bei den Beauftragten des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt, die in den vergangenen Jahren hier wesentliche Themen auf den Weg gebracht haben. „Dank der Gleichstellungsbeauftragten Martina Trauth-Koschnick haben wir in der Stadtverwaltung eine hohe Sensibilität für Geschlechtergerechtigkeit entwickelt.“

Der Kongress wird von der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros alle zwei Jahre in unterschiedlichen Städten durchgeführt, zuletzt 2012 in Düsseldorf. In der Bundesarbeitsgemeinschaft haben sich weibliche, hauptamtliche, kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte zusammengeschlossen, um die Interessen von Frauen auf Bundesebene zu vertreten. Die neue Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig hat ihr Kommen angekündigt, ebenso wie der Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg, Günter Baas.

14. Finanznachrichten

- <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2014-01/29238852-schwesig-will-gleichstellung-zu-schwerpunkt-ihrer-politik-machen-003.htm>

Schwesig will Gleichstellung zu Schwerpunkt ihrer Politik machen

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will die Gleichstellung von Männern und Frauen zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen. Das kündigte die SPD-Politikerin am Montag auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros in Potsdam an.

„Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte Schwesig. „Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“ Zugleich betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen.

Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern, so die Familienministerin.

15. Nachrichtenagentur dts

- © 2014 dts Nachrichtenagentur

Schwesig will Gleichstellung zu Schwerpunkt ihrer Politik machen

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will die Gleichstellung von Männern und Frauen zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen. Das kündigte die SPD-Politikerin am Montag auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros in Potsdam an.

„Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte Schwesig. „Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“ Zugleich betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen.

Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern, so die Familienministerin.

16. Ad-hoc-news

- <http://www.ad-hoc-news.de/schwesig-will-gleichstellung-zu-schwerpunkt-ihrer-politik--/de/News/34108216>
- 27.1.2014, 20.14 Uhr, 71 mal gelesen

Schwesig will Gleichstellung zu Schwerpunkt ihrer Politik machen

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will die Gleichstellung von Männern und Frauen zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen.

Das kündigte die SPD-Politikerin am Montag auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros in Potsdam an. „Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte Schwesig. „Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“ Zugleich betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen

Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern, so die Familienministerin. *dts Deutsche Textservice Nachrichtenagentur GmbH*

17. Frauengesundheitsportal

- <http://www.frauengesundheitsportal.de/bundesministerin-schwesig-frauen-und-maenner-muessen-gleiche-chancen-bekommen/>
- Aktuelle Meldungen 27.1.2014

Bundesministerin Schwesig: „Frauen und Männer müssen gleiche Chancen bekommen“

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, wird die Gleichstellung von Frauen und Männern zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen. Das kündigte Schwesig heute (Montag) auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros vor über 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland in Potsdam an.

„Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte die Bundesministerin. „Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“

In ihrer Ansprache betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern.

Die Bundesfrauenministerin nannte eine Reihe von gleichstellungspolitischen Reformprojekten: Dazu zählen neben einer gesetzlichen Regelung zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen auch Maßnahmen zur Reduzierung der Entgeltlücke oder das ElterngeldPlus, das Müttern wie Vätern die

bestmögliche Inanspruchnahme des Elterngeldes ermöglicht.

Die Ministerin betonte, dass für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik nicht nur Reformen auf Bundesebene notwendig seien, sondern auch eine kontinuierliche Arbeit vor Ort. Schwesig dankte den Anwesenden für ihr Engagement und erklärte, dass die Gleichstellungsarbeit unverzichtbar für die örtlichen Strukturen sei und bleiben müsse.

18. Xing Potsdam

- <http://www.xing.com/net/potsdam>

22. Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

Liebe Potsdamer Koepfe, mehr als 400 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus dem ganzen Bundesgebiet haben sich für die 22. Bundeskonferenz vom 26. bis 28. Januar 2014 in der Landeshauptstadt Potsdam angemeldet.

Veränderte Rahmenbedingungen, erweiterte Themenfelder, neue BündnispartnerInnen, die spannende Welt der „Social Media“ und vieles andere mehr stellen kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte vor immer neue Herausforderungen.

Zwei Tage lang diskutieren die ExpertInnen im Kongresshotel Potsdam daher in unterschiedlichen Foren unter anderem darüber, wie Visionen zu Wirklichkeiten werden können. Die Themen der Foren sind vielfältig und gehen von Gleichstellungspolitik im ländlichen Raum über Gleichstellungsmarketing bis hin zu Managing Gender und Diversity.

19. Celle heute

- <http://celleheute.de/schwesig-will-gleichstellung-zu-schwerpunkt-ihrer-politik-machen/>
- Verfasst von: Extern, 27.1.2014, News-Ticker

Schwesig will Gleichstellung zu Schwerpunkt ihrer Politik machen

Potsdam (dts Nachrichtenagentur) – Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will die Gleich-

stellung von Männern und Frauen zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen.

Das kündigte die SPD-Politikerin am Montag auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros in Potsdam an. „Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte Schwesig. „Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“ Zugleich betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern, so die Familienministerin. © 2013 fehlhaber.medien. Alle Rechte vorbehalten.

20. Klamm News

- <http://www.klamm.de/news/schwesig-will-gleichstellung-zu-schwerpunkt-ihrer-politik-machen-21N1390842357868.html>
- klamm (2.252), Forum (548), 363.769 User
- Politik/DEU/Gesellschaft, 27.1.2014, 20.13 Uhr, 94 Views
- © 1999-2014 by klamm (www3)

Schwesig will Gleichstellung zu Schwerpunkt ihrer Politik machen

Potsdam (dts) – Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will die Gleichstellung von Männern und Frauen zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen. Das kündigte die SPD-Politikerin am Montag auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros in Potsdam an. „Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte Schwesig.

„Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“ Zugleich betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern, so die Familienministerin.

21. Väteraufbruch

- [http://www.vaeteraufbruch.de/index.php?id=42&tx_ttnews\[tt_news\]=16608](http://www.vaeteraufbruch.de/index.php?id=42&tx_ttnews[tt_news]=16608)

Bundesministerin Schwesig „Frauen und Männer müssen gleiche Chancen bekommen“

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, wird die Gleichstellung von Frauen und Männern zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen.

Das kündigte Schwesig heute (Montag) auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros vor über 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland in Potsdam an.

22. Familie und Sport

- http://www.familie-sport.de/de/familie-und-sport/service/nachrichten/details/news/frauen_und_maenner_muessen_gleiche_chancen_bekommen/

Frauen und Männer müssen gleiche Chancen bekommen

Bundesfamilienministerin Schwesig setzt sich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben.

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, wird die Gleichstellung von Frauen und Männern zu einem Schwer-

punkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen. Das kündigte Schwesig am 27.1.2014 auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros vor über 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland in Potsdam an.

„Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte die Bundesministerin. „Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“

Ungerechtigkeiten beseitigen

In ihrer Ansprache betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern.

Die Bundesfrauenministerin nannte eine Reihe von gleichstellungspolitischen Reformprojekten: Dazu zählen neben einer gesetzlichen Regelung zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen auch Maßnahmen zur Reduzierung der Entgeltlücke oder das ElterngeldPlus, das Müttern wie Vätern die bestmögliche Inanspruchnahme des Elterngeldes ermöglicht.

Kontinuität wichtig

Die Ministerin betonte, dass für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik nicht nur Reformen auf Bundesebene notwendig seien, sondern auch eine kontinuierliche Arbeit vor Ort. Schwesig dankte den Anwesenden für ihr Engagement und erklärte, dass die Gleichstellungsarbeit unverzichtbar für die örtlichen Strukturen sei und bleiben müsse.

23. Potsdamer Neueste Nachrichten – PNN

- <http://www.newspapersperiodicos.com/english/germany/brandenburg.potsdam.potsdamerneuestenachrichten.php>
- 28.1.2014, Seite 08

„Jüngere wollen keine 60-Stunden-Woche“

Beim Bundestreffen diskutieren die Gleichstellungsbeauftragten über Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Die Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen, die vom 26. bis 28. Januar in Potsdam stattfindet, ist mit 424 Teilnehmerinnen so gut besucht wie noch nie. Wie erklären Sie sich das?

Roswitha Bocklage: Zum einen spüren wir langsam einen Generationswechsel: Es sind sehr viele neue und junge Kolleginnen anwesend, die hierherkommen, um Kontakte zu knüpfen, sich auszutauschen und strategisch zu beraten. Vor allem aber haben wir gute Themen gefunden, die viele Kolleginnen umtreiben.

Was sind das für Themen, die hier diskutiert werden?

Bocklage: Sehr wichtig ist zum Beispiel das Thema neue Medien, um besonders jüngere Frauen mit Gleichstellungsarbeit in Berührung zu bringen. Viel geredet wurde auch über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer. Derzeit arbeiten Männer mehr, wenn sie Väter werden, und sind zu selten zu Hause, Frauen hingegen arbeiten weniger, wenn sie Mutter werden.

Beate Ebeling: Solange Unternehmen das nur als Frauen-Thema sehen, werden keine Strukturen geschaffen, um daran etwas zu ändern. Daher muss die Vereinbarkeit sowohl für Frauen als auch für Männer verankert werden, damit es Fortschritte gibt.

Bocklage: Jüngere Menschen haben kein Interesse daran, 60 Stunden in der Woche zu arbeiten. Aber viele Unternehmen haben das mittlerweile erkannt und wissen, dass ihnen die jungen Leute weglaufen, wenn sie da nicht was an den Strukturen ändern.

Was bewegt Ihre Kolleginnen aus Potsdam und Umgebung derzeit?

Bocklage: Natürlich gab es auch hier die Hoffnung, dass durch das neue Landesgleichstellungsgesetz vom November die Verteilung von finanziellen Ressourcen für die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten gleichmäßiger werden würde. Dies hat sich leider nicht erfüllt. Das ist aber ein Thema, über das wir in allen Bundesländern streiten.

Ebeling: Wenn in den Kommunen die Finanzen knapp sind, dann wird ja immer geschaut, wo gespart werden kann. Leider sind dann immer wieder die Gleichstellungsstellen mit als erste betroffen. Viele Kolleginnen machen das heutzutage in Teilzeit oder nur ehrenamtlich. Auf dieser Basis kann man natürlich keine gute Gleichstellungsarbeit machen.

Bocklage: Wir könnten unglaublich wirksam sein, wenn die nötigen Rahmenbedingungen erfüllt wären.

Auf der Konferenz wurde auch das Ergebnis einer bundesweiten Umfrage unter Gleichstellungsbeauftragten vorgestellt, was kam dabei heraus?

Ebeling: Eine wesentliche Erkenntnis war, dass die Beauftragten zwar vonseiten der Bürger und Mitarbeiter in den Verwaltungen Anerkennung für ihre Arbeit erhalten, dass dies vonseiten der Politik aber weniger der Fall ist. Auch die mangelnde personelle und finanzielle Ausstattung wurde häufig beklagt. Außerdem hat die Umfrage ergeben, dass viele Kolleginnen zwar hochqualifiziert sind und häufig einen Hochschulabschluss haben, dafür aber oft zu schlecht bezahlt werden.

Bocklage: Das ist schon schräg, wenn man als Gleichstellungsbeauftragte für gleiche Bezahlung kämpft, selbst aber nicht angemessen entlohnt wird.

Was nehmen Sie von der Konferenz mit?

Bocklage: Ganz toll war für mich, dass auch die Familienministerin Manuela Schwesig vor Ort war, uns kommunalen Gleichstellungsbeauftragten ihre Unterstützung zugesichert hat und klargemacht hat, dass ihr wichtig ist, was wir machen – da gab es

Standing Ovations. Schwesig kommt ja selbst aus der Kommunalpolitik und hat von daher auch den entsprechenden Bezug zu unserer Arbeit.

Ebeling: Ja, das ist die Wertschätzung, die uns oft fehlt.

Ist es denn kein Usus, dass die Familienministerin zu ihrer Konferenz kommt?

Ebeling: Nicht unbedingt, die frühere Familienministerin hat sie leider nie besucht. *Die Fragen stellte Erik Wenk*

24. Potsdam.de

• <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/29913225/628773/>

Wirklichkeit und Visionen – Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit

22. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen ist erfolgreich zu Ende gegangen



Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig,
© Sarah Kleemann

Die Zeit ist reif für Veränderung! Dieses Fazit zieht Gleichstellungsbeauftragte Martina Trauth-Koschnick nach der Teilnahme an der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Potsdam.

Martina Trauth-Koschnick eröffnete die 22. Bundeskonferenz mit ihrer Vision: „Frauen- und Gleichstellungspolitik nützt allen. Gesetze werden in einer Demokratie nicht von einzelnen gemacht, sondern von Mehrheiten. Wirklichkeit ist, dass Gleichstel-

lungspolitik keine Mehrheitspolitik ist. Wirklichkeit ist jedoch auch, dass es einen engen Zusammenhang zwischen einer wirkungsvollen Gleichstellungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik gibt und dass für alle etwas dabei herauskommt, wenn Gleichstellung tatsächlich durchgesetzt wird.“

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig betonte zur Eröffnung der Bundeskonferenz die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort: Sie sind das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen, sagte Schwesig und versprach ihre politische Unterstützung. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle werde es nur durch die Gleichstellung von Männern und Frauen geben – und dafür müssten sich auch die Männer bewegen.

Die 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fordert:

1. Um durchgängig alle Führungsebenen gleichermaßen mit qualifizierten Frauen wie Männern zu besetzen, braucht es eine umfassende Quotierungsregelung.
2. Ein Entgeltgleichheitsgesetz, das die Einführung eines diskriminierungsfreien Bewertungssystems mit Frauenförderregelungen in den Tarifverträgen koppelt. Wir fordern die Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse.
3. Das Betreuungsgeld und das Ehegattensplitting müssen abgeschafft werden. Wir wollen ein geschlechtergerechtes Steuersystem und damit Steuergerechtigkeit für alle.
4. Hilfesysteme für von Gewalt betroffene Frauen sollen als staatliche Pflichtaufgabe finanziert werden, z. B. Frauenhäuser, Notrufe und Beratungsstellen.
5. Die Kommune ist die Wiege der Demokratie. Die BAG fordert daher die Einführung paritätisch besetzter Wahlvorschlagslisten in den Kommunalvertreterinnen Deutschlands.
6. Gleichbehandlung in der Sprache soll in allen Gesetzestexten, Ausführungsbestimmungen, Verordnungen und Veröffentlichungen der Bundesregierung umgesetzt werden. Nur wer genannt ist, ist auch gemeint.

Martina Trauth-Koschnick ist auf der Mitgliederversammlung der 22. Bundeskonferenz zur Bundessprecherin gewählt worden. „Dies ist mir eine besondere Ehre und Verpflichtung“, sagt die Gleichstellungsbeauftragte und Leiterin des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt. In der neuen Funktion wird sie sich neben ihren kommunalen Aufgaben auch auf der Bundesebene für Frauen- und Gleichstellungspolitik engagieren und die Interessen von mehr als 1.400 kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten im gesamten Bundesgebiet vertreten.

25. Facebook Manuela Schwesig

- <http://socialpop.de/Social-Media-Ranking/manuela-schwesig/>

Gestern habe ich die Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten mit über 400 Frauen in Potsdam eröffnet. Die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten leisten vor Ort wichtige Arbeit für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik. Eine bewegte Woche liegt hinter mir: Bundeskongress der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Neujahrsempfang des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, Erste Rede im Deutschen Bundestag, Workshops zum Thema Frauen in Führungspositionen, Abschaffung der Klausel des Misstrauens (Extremismusklausel) und Landesparteitag in Thüringen. Das Beste: Überall gute Begegnung mit sehr engagierten Frauen und Männern! Deshalb macht mir Politik Spaß!

26. Frauenonline Niedersachsen

- http://www.frauenonlineniedersachsen.de/index.cfm?uuid=B5E91D23C2975CC8A-F4D453A41A02BB1&and_uuid=675CE5E-20D2B822120DFF4A4074FBA30

22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

Unter dem Motto „Wirklichkeit und Visionen – Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit“ fand vom 26. bis 28. Januar 2014 in Potsdam die 22. Bundeskonferenz statt. Die Bundeskonferenz ist das frauenpolitische Diskussionsforum aller kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Deutsch-

land. Sie findet alle 18 Monate statt. Dort werden unter anderem die Bundessprecherinnen gewählt:

Neue Bundessprecherinnen: Martina Trauth-Koschnick (Potsdam), Inge Trame (Stadt Gütersloh), Saskia Veit-Prang (Stadt Wiesbaden), Heike Gerstenberger (Berlin, Bezirk Pankow), Susanne Löb (Landkreis Wolfenbüttel), Brigitte Kowas (Berlin, Bezirk Reinickendorf)

Verabschiedet wurden Roswitha Bocklage (Gleichstellungsbeauftragte Stadt Wuppertal) und Heidrun Dräger (Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Ludwigslust-Parchim). Das neue Sprecherinnengremium besteht nun aus 11 Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland.

27. Potsdam.de

Erfolgreicher Kongress der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten

Potsdamer Gleichstellungsbeauftragte zur Bundessprecherin gewählt

Die 22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten ist heute, 28. Januar 2014, in Potsdam zu Ende gegangen und war in den Augen der Potsdamer Gleichstellungsbeauftragten Martina Trauth-Koschnick ein voller Erfolg. Mehr als 400 Konferenzteilnehmerinnen haben zwei Tage lang über Gleichstellungspolitik diskutiert und dabei fünf Forderungen an die Bundesregierung formuliert. Sie beanspruchen eine umfassende Quotierungsregelung in Führungsebenen, die Finanzierung von Frauenhäusern als staatliche Pflichtaufgabe und die Gleichbehandlung in der Sprache bei Gesetzestexten und Veröffentlichungen. Auch die Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse sowie des Betreuungsgeldes und des Ehegattensplittings sollen veranlasst werden.

Mehr Frauen in die Kommunalpolitik zu bringen, ist für die Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam, Martina Trauth-Koschnick, eine der wesentlichen Forderungen der 22. Bundeskonferenz insbesondere auch vor dem Hintergrund der anstehenden Kommunalwahlen. „Nur 21 Frauen von insgesamt 56 Stadtverordneten – das ist zu wenig

für eine Landeshauptstadt“, sagt sie. Je mehr Vielfalt es in den Stadtparlamenten gibt, desto mehr Interessen können auch vertreten werden. „Teams und Unternehmen, die Vielfalt abbilden sind erfolgreicher, dies gilt auch in der Kommunalpolitik“, so Martina Trauth-Koschnick. Allerdings müssten sich die Rahmenbedingungen für Parité in der Politik auch so verändern, dass starke und emanzipierte Frauen sich bewerben. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist dabei wesentlich.

Martina Trauth-Koschnick ist auf der Mitgliederversammlung der 22. Bundeskonferenz zur Bundessprecherin gewählt worden. „Dies ist mir eine besondere Ehre und Verpflichtung“, sagt Martina Trauth-Koschnick, die seit März 2010 als Gleichstellungsbeauftragte das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt der Landeshauptstadt Potsdam leitet. In der neuen Funktion wird sie sich neben ihren kommunalen Aufgaben auch auf der Bundesebene für Frauen- und Gleichstellungspolitik engagieren und die Interessen von mehr als 1.400 kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten im gesamten Bundesgebiet vertreten.

28. Potsdam.de

• <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/28999909/628773/>

22. Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten – Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit



Mehr als 400 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus dem ganzen Bundesgebiet

haben sich für die 22. Bundeskonferenz vom 26. bis 28. Januar 2014 in der Landeshauptstadt Potsdam angemeldet. Veränderte Rahmenbedingungen, erweiterte Themenfelder, neue BündnispartnerInnen, die spannende Welt der „Social Media“ und vieles andere mehr stellen kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte vor immer neue Herausforderungen.

Zwei Tage lang diskutieren die ExpertInnen im Kongresshotel Potsdam daher in unterschiedlichen Foren unter anderem darüber, wie Visionen zu Wirklichkeiten werden können. Die Themen der Foren sind vielfältig und gehen von Gleichstellungspolitik im ländlichen Raum über Gleichstellungsmarketing bis hin zu Managing Gender und Diversity.

Die Bundeskonferenz findet alle zwei Jahre statt und will gemeinsame Positionen, künftige Arbeitsschwerpunkte und Forderungen in der Gleichstellungspolitik formulieren. Sie ist außerdem eine Plattform zur Vernetzung mit Experten und Expertinnen aus Gesellschaft, Wissenschaft, Politik und Medien.

Vision:

Die neue Bundesregierung steht und zum ersten Mal in der deutschen Geschichte ist die Hälfte der Minister/innenposten mit Frauen besetzt.

Genauso sieht es in den Führungsetagen aller Unternehmen, in den Kommunalparlamenten, an den Universitäten und Institutionen aus. Männer und Frauen teilen sich die Hausarbeit gerecht und haben so beide mehr Zeit, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Mütter und Väter verbringen gleich viel Zeit mit den Kindern und können beide eine gute Beziehung zu ihnen aufbauen. Väter müssen nicht mehr darum kämpfen in Elternzeit zu gehen und Mütter müssen sich nicht mehr in Teilzeitjobs drängen lassen. Durch das neue Familienmodell und eine gute Betreuung ist für die Kinder gesorgt. Männer und Frauen teilen sich die Pflege ihrer alten oder kranken Familienangehörigen. Frauen und Männer bekommen für die gleiche Arbeit das gleiche Geld, Altersarmut von Frauen gibt es nicht mehr, genauso wenig wie einen Mangel an Fachkräften.

Frauenhäuser und Beratungsstellen für Betroffene von sexueller Gewalt konnten geschlossen werden, weil es keinen Bedarf mehr dafür gab. Das Geld im Staatshaushalt wird gleichermaßen für Frauen- und Männerbedürfnisse ausgegeben. Genderbudgeting ist seit Jahren eine Handlungsgrundlage des Bundesfinanzministeriums.

Möglich wurde all das durch das jahrzehntelange Engagement von Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten, Männergruppen, Politik, Medien und Unternehmen, die nicht länger ertragen konnten, dass die Hälfte der Gesellschaft schon seit Jahrhunderten nicht die gleichen Chancen bekommt.

Leider nur Vision, die Zahlen zeigen, wie die Wirklichkeit aussieht:

- 6 von 16 MinisterInnen der neuen Bundesregierung sind Frauen.
- 11,1 Prozent in Vorständen und Aufsichtsräten der wichtigsten börsennotierten Unternehmen sind Frauen.
- 5,9 Prozent Frauen sind in Spitzenpositionen der Wirtschaft zu finden.
- 19,9 Prozent der Hochschul-Professuren sind mit Frauen besetzt.
- 18 Prozent der Chefredakteurinnen und Chefredakteure im Fernsehen sind Frauen.
- 2 Prozent der Chefredakteure bei Zeitungen sind Frauen.
- 32,3 Prozent der Sitze in Landesparlamenten werden von Frauen eingenommen.
- 26,6 Prozent sind es in den Kommunalparlamenten.
- 14 Prozent der Großstädte haben eine Frau als Oberbürgermeisterin.
- 45,3 Prozent der erwerbstätigen Frauen arbeiten in Teilzeit.
- 9,8 Prozent der erwerbstätigen Männer arbeiten in Teilzeit.
- 59,6 Prozent weniger gesetzliche Rente erhalten Frauen im Durchschnitt als Männer.
- 63,3 Prozent der Frauen erhalten weniger als 650 Euro Rente.
- Frauen verdienen im Durchschnitt 22 Prozent weniger als Männer.
- Jede 4. Frau wird Opfer von Gewalt in der Partnerschaft.

- 20 Minuten am Tag verbringen Väter durchschnittlich mit ihren Kindern.
- 62 Minuten am Tag verbringen Mütter durchschnittlich mit ihren Kindern.
- 25 Minuten Hausarbeit leisten Männer im Schnitt täglich.
- 54 Minuten durchschnittlich arbeiten Frauen täglich im Haushalt.

29. Blickpunkt Brandenburg

- <http://www.blickpunkt-brandenburg.de/nachrichten/potsdam/artikel/21467/Bundeskonferenz+der+kommunalen+Frauen+und+Gleichstellungsbeauftragten>
- 28.1.2014



Foto: Barbara Thieme

Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Gleichstellungsbeauftragte: „Es muss ein Rock durch Deutschland gehen!“

Potsdam. Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, wird die Gleichstellung von Frauen und Männern zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen. Das kündigte Schwesig am Montag auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros vor über 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland in Potsdam an.

„Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte die Bundesministerin. „Wir wollen die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

muss Wirklichkeit werden. Zudem brauchen wir mehr Frauen in Führungspositionen. Ein Schlüssel für diese Themen ist, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer zu verbessern.“

In ihrer Ansprache betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern.

Die Bundesfrauenministerin nannte eine Reihe von gleichstellungspolitischen Reformprojekten: Dazu zählen neben einer gesetzlichen Regelung zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen auch Maßnahmen zur Reduzierung der Entgeltlücke oder das ElterngeldPlus, das Müttern wie Vätern die bestmögliche Inanspruchnahme des Elterngeldes ermöglicht.

Die Ministerin betonte, dass für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik nicht nur Reformen auf Bundesebene notwendig seien, sondern auch eine kontinuierliche Arbeit vor Ort. Schwesig dankte den Anwesenden für ihr Engagement und erklärte, dass die Gleichstellungsarbeit unverzichtbar für die örtlichen Strukturen sei und bleiben müsse. *red/nk*

30. O2elf Abendblatt

- *Potsdam, 28.1.14, 18.59 Uhr*
- *Nachrichten von Stadt Potsdam*

Erfolgreicher Kongress der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten – Potsdamer Gleichstellungsbeauftragte zur Bundessprecherin gewählt

Die 22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten ist heute, 28. Januar 2014, in Potsdam zu Ende gegangen und war in den Augen der Potsdamer Gleichstellungsbeauftragten Martina Trauth-Koschnick ein voller Erfolg. Mehr als 400 Konferenzteilnehmerinnen haben zwei Tage lang über Gleichstellungspolitik diskutiert und dabei fünf Forderungen an die Bundesregierung formuliert. Sie beanspruchen eine umfassende Quotierungsregelung in Führungsebenen, die Finanzierung von

Frauenhäusern als staatliche Pflichtaufgabe und die Gleichbehandlung in der Sprache bei Gesetzestexten und Veröffentlichungen. Auch die Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse sowie des Betreuungsgeldes und des Ehegattensplittings sollen veranlasst werden.

Mehr Frauen in die Kommunalpolitik zu bringen, ist für die Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam, Martina Trauth-Koschnick, eine der wesentlichen Forderungen der 22. Bundeskonferenz insbesondere auch vor dem Hintergrund der anstehenden Kommunalwahlen. „Nur 21 Frauen von insgesamt 56 Stadtverordneten – das ist zu wenig für eine Landeshauptstadt“, sagt sie. Je mehr Vielfalt es in den Stadtparlamenten gibt, desto mehr Interessen können auch vertreten werden. „Teams und Unternehmen, die Vielfalt abbilden sind erfolgreicher, dies gilt auch in der Kommunalpolitik“, so Martina Trauth-Koschnick. Allerdings müssten sich die Rahmenbedingungen für Parität in der Politik auch so verändern, dass starke und emanzipierte Frauen sich bewerben. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist dabei wesentlich.

Martina Trauth-Koschnick ist auf der Mitgliederversammlung der 22. Bundeskonferenz zur Bundessprecherin gewählt worden. „Dies ist mir eine besondere Ehre und Verpflichtung“, sagt Martina Trauth-Koschnick, die seit März 2010 als Gleichstellungsbeauftragte das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt der Landeshauptstadt Potsdam leitet. In der neuen Funktion wird sie sich neben ihren kommunalen Aufgaben auch auf der Bundesebene für Frauen- und Gleichstellungspolitik engagieren und die Interessen von mehr als 1.400 kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten im gesamten Bundesgebiet vertreten.

31. Facebook Potsdam

- <https://de-de.facebook.com/pages/LocalXXL-Potsdam/257499267674920>
- *29.1.2014, 00.42 Uhr*

Gemeinschaft. Nachrichten aus Potsdam: <http://www.localxxl.com/potsdam/> ... 400 Gleichstellungsbeauftragte kommen zum Bundeskongress nach Potsdam.

• *Potsdam <@LH_Potsdam 1 Std.*
Erfolgreicher Kongress der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten <http://www.potsdam.de/hrzb5>

• *Potsdam <@LH_Potsdam 58 Min.*
Gleichstellungsbeauftragte Martina Trauth-Koschnick aus #Potsdam ist zur Bundessprecherin gewählt worden <http://www.potsdam.de/hrzb5>

32. Oberhausen Presseamt

- www.oberhausen.de/de/index/rathaus/aktuelle-pressemeldungen/meldungen-2014/fachtagung-gleichstellung.php?pagePresse=1
- Aktuelle Pressemeldungen, 29.1.2014
- Pressestelle Stadt Oberhausen, Schwartzstraße 72, 46042 Oberhausen, Telefon: 0208 / 825-2116, Fax: 0208 / 825-5130, presse@oberhausen.de

Wirklichkeit und Visionen der Gleichstellungspolitik – Bundestagung der Gleichstellungsbeauftragten

Mit ihren Schwerpunktthemen der Gleichstellungspolitik stellte sich Manuela Schwesig als neue Bundesministerin für Familie, Senioren/innen, Frauen und Jugend bei der Bundestagung der Gleichstellungsbeauftragten in Potsdam vor, an der auch die Oberhausener Gleichstellungsbeauftragte Britta Costeckti teilnahm. Über 420 Frauenbeauftragte aus dem ganzen Bundesgebiet nahmen die Leitsätze der Bundesministerin positiv auf.

Die Leitsätze beziehen sich zum Einen auf die Verbesserung und Ausgestaltung der FrauenErwerbstätigkeit und die Strukturen der Arbeitswelt, die es Frauen und Männern ermöglicht, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Für Manuela Schwesig ist eine geförderte, partnerschaftlich reduzierte Arbeitszeit nach wie vor eine anzustrebende Vision, denn nur durch ein solches Modell erhalten gleichberechtigte berufliche Perspektiven von Männern und Frauen für sie eine umsetzungsfähige Grundlage. Britta Costeckti: „Der Ansatz der Bundesministerin ist genau richtig. Viele Männer wollen mehr Zeit in Familie investieren. Und Frauen selbst wollen – unter der Bedingung, dass die Betreuung der Kinder oder der zu pflegenden Angehörigen stimmt – nach und nach ihre Teilzeit hinaufsetzen, doch dies wird Ihnen

durch die Arbeitswelt oftmals nicht ermöglicht. Aber gerade bei den Frauen findet sich so viel Potenzial für den Arbeitsmarkt, das paradoxerweise von den Arbeitgebern nicht genutzt wird, obwohl der Ruf nach Fachkräften so laut ist. Die Arbeitgeber müssen die Frauen entdecken und ihnen die flexible Erwerbstätigkeit ermöglichen.“ Das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit ist im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgeschrieben, aber für Britta Costeckti muss die Möglichkeit bestehen, die Wochenarbeitszeit individuell aufzustocken, um den Bedürfnissen der Familie gerecht zu werden. Dies natürlich immer im Abgleich mit den Anforderungen der Arbeitgeber, die sich dahingehend auf flexiblere Einsätze einlassen sollten. Britta Costeckti: „Besser ein Einsatz einer qualifizierten Arbeitnehmerin, die ihre Stundenanteile sukzessive erhöht, als eine freie bzw. schlecht besetzte Stelle!“

Manuela Schwesig blickte bei der Tagung zum Anderen auf einen weiteren Schwerpunkt ihrer Frauenpolitik – die Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Kindern. Eine Finanzierungszusicherung für die Institutionen, die Frauen mit Gewalterfahrung beraten und aufnehmen, wie in Oberhausen die Frauenberatungsstelle und das Frauenhaus, gab es nicht. In ihren Beschlüssen untermauerten die Gleichstellungsbeauftragten deshalb ihre Forderung, diese Hilfesysteme als staatliche Pflichtaufgabe mit der entsprechenden Finanzierungsgrundlage anzuerkennen. Britta Costeckti: „Diese Forderung war schon 1988 und 2003 Thema von Beschlüssen der Frauenbeauftragten-Konferenzen, sie wurden bis heute aber nie ausreichend umgesetzt.“ Andrea Birkenstock, Frauenberatungsstelle: „In NRW leben rd. 17 Mio. Menschen, davon sind rund 9 Millionen Frauen und Mädchen. Betrachten wir die Lebenszeit, können wir davon ausgehen, dass in NRW rund 3,3 Millionen Frauen von körperlicher Gewalt und 1,2 Millionen Frauen von sexueller Gewalt betroffen sind. Bezogen auf das Jahr, kommen wir zu dem Ergebnis, dass pro Jahr in NRW 638.680 Frauen von körperlicher und sexueller Gewalt betroffen sind. Die Frauenberatungsstellen und Frauenotrufe erreichen derzeit nur jede 25. gewaltbetroffene Frau! Wir brauchen dringend einen Ausbau der Frauenberatungsstellen in NRW. Nur so können Frauen und Mädchen ihr Recht auf Beratung und Unterstützung realisieren.“

Ministerin Manuela Schwesig beleuchtete auch kritisch Facetten der Prostitution. So kündigte sie an, das Aufenthaltsrecht für Zwangsprostituierte verbessern zu wollen. Zudem sollen gesetzliche Regelungen erarbeitet werden, die dazu dienen, Flat-Rate-Bordelle zu verbieten und die Überprüfung der Rotlichtszene möglich zu machen, was im Rahmen der Legalisierung der Prostitution derzeit wenig Grundlage hat. Manuela Schwesig: „Es ist immer noch leichter in Deutschland ein Bordell zu eröffnen als eine Pommesbude.“ Dazu Patrizia Chudalla, Oberhausener Koordinatorin von Solwodi e.V., die mit Streetworkerinnen in der Flaßhofstraße für die Prostituierten tätig ist: „Wir brauchen neue, spezifische Gesetze auf Bundes- und Landesebene, die die Prostitution neu regeln und den Städten die nötigen Mittel in die Hand geben, die durch das Prostitutionsgesetz 2002 entstandenen Missstände abzustellen. Für Oberhausen sollte neben einer verpflichtenden Gesundheitsuntersuchung der Prostituierten auch eine psychosoziale Beratungsstelle eingeführt werden.“

Viele weitere Themen der Gleichstellungs- und Frauenpolitik wurden während der 2tägigen Tagung unter dem Titel „Wirklichkeit und Visionen der Gleichstellungsarbeit“ bearbeitet. Sie zeigten die Vielfältigkeit der Anforderungen, die noch hin zu einer wahren Gleichstellung zu lösen sind.

33. Berlin Presseamt

- <http://www.berlin.de/ba-reinickendorf/presse/archiv/20140129.1140.393926.html>
Pressemitteilung Nr. 4211 vom 29.1.2014
- *Bezirksstadtrat für Jugend, Familie und Soziales, Andreas Höhne; Telefon: 030/90294-2330*

Gleichstellungsbeauftragte Reinickendorf zur Bundessprecherin gewählt

In der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros (BAG) haben sich die weiblichen, hauptamtlichen, kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten zusammengeschlossen, um die Interessen von Frauen auf Bundesebene zu vertreten, ein bundesweites Forum für frauenpolitische Diskussionen zu schaffen, den Erfahrungsaustausch und den Informationsfluss zwischen den Kolleginnen zu sichern und Fragen des eigenen Berufsstandes zu klären.

Die 22. Bundeskonferenz fand von 26.-28. Januar 2014 in Potsdam statt. Die bisher größte Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten war ein voller Erfolg!

Die Zeit ist reif für Veränderung, so das Fazit der Teilnehmerinnen. 54 Prozent der Frauen in Deutschland finden, dass die Gleichberechtigung noch nicht erreicht ist, das hat eine repräsentative Studie des Institutes Allensbach ergeben. Nur durch das Engagement von Männern und Frauen, Politik, Verwaltungen, Unternehmen und Medien kann erreicht werden, dass die Hälfte der Gesellschaft endlich die gleichen Chancen bekommt. Es wird höchste Zeit: immerhin leben wir im 21. Jahrhundert! Eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer braucht Personal, Zeit und Geld. In Zukunft wird es Gleichstellungspolitik für beide Geschlechter geben. Dafür müssen ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden.

Die Bundeskonferenz hat insgesamt sechs neue Sprecherinnen gewählt, darunter die Gleichstellungsbeauftragte aus dem Bezirk Reinickendorf, Brigitte Kowas.

Das neue Sprecherinnengremium besteht nun aus 11 Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten aus ganz Deutschland. Sie vertreten die Belange von mehr als 1400 kommunalen Gleichstellungsbeauftragten.

Wir gratulieren zur Wahl und wünschen viel Erfolg!

34. Blickpunkt Brandenburg

- <http://www.blickpunkt-brandenburg.de/index.php?id=22&doc=21514>

Potsdamer Gleichstellungsbeauftragte zur Bundessprecherin gewählt – Erfolgreicher Kongress der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten

Potsdam. Die 22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten ist am 28. Januar in Potsdam zu Ende gegangen und war in den Augen der Potsdamer Gleichstellungsbeauftragten Martina Trauth-Koschnick ein voller Erfolg. Mehr als 400 Konferenzteilnehmerinnen haben zwei Tage lang

über Gleichstellungspolitik diskutiert und dabei fünf Forderungen an die Bundesregierung formuliert. Sie beanspruchen eine umfassende Quotierungsregelung in Führungsebenen, die Finanzierung von Frauenhäusern als staatliche Pflichtaufgabe und die Gleichbehandlung in der Sprache bei Gesetzestexten und Veröffentlichungen. Auch die Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse sowie des Betreuungsgeldes und des Ehegattensplittings sollen veranlasst werden.

Mehr Frauen in die Kommunalpolitik zu bringen, ist für die Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam, Martina Trauth-Koschnick, eine der wesentlichen Forderung der 22. Bundeskonferenz insbesondere auch vor dem Hintergrund der anstehenden Kommunalwahlen. „Nur 21 Frauen von insgesamt 56 Stadtverordneten – das ist zu wenig für eine Landeshauptstadt“, sagt sie. Je mehr Vielfalt es in den Stadtparlamenten gibt, desto mehr Interessen können auch vertreten werden.

„Teams und Unternehmen, die Vielfalt abbilden sind erfolgreicher, dies gilt auch in der Kommunalpolitik“, so Martina Trauth-Koschnick. Allerdings müssten sich die Rahmenbedingungen für Parité in der Politik auch so verändern, dass starke und emanzipierte Frauen sich bewerben. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist dabei wesentlich.

Martina Trauth-Koschnick ist auf der Mitgliederversammlung der 22. Bundeskonferenz zur Bundessprecherin gewählt worden. „Dies ist mir eine besondere Ehre und Verpflichtung“, sagt Martina Trauth-Koschnick, die seit März 2010 als Gleichstellungsbeauftragte das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt der Landeshauptstadt Potsdam leitet. In der neuen Funktion wird sie sich neben ihren kommunalen Aufgaben auch auf der Bundesebene für Frauen- und Gleichstellungspolitik engagieren und die Interessen von mehr als 1.400 kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten im gesamten Bundesgebiet vertreten. *red/nk*



Hinten v.l.n.r.: Inge Trame, Karmen Muñoz-Berz, Gabriele Wenner, Saskia Veith-Prang, Brigitte Kowas, Katrin Morof, Susanne Löb, Heidrun Dräger Vorne v.l.n.r.: Heike Gerstenberger, Martina Trauth-Koschnick, Petra Borrmann, Beate Ebeling, Roswitha Bocklage. Foto: Barbara Thieme

35. Facebook worker

- <https://www.facebook.com/autWorker/posts/773680029313743>
- *autWorker*, 389 gefällt das
- 29.1.2014

Unter dem Motto „Wirklichkeit und Visionen – Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit“ findet vom 26. bis 28. Januar 2014 in Potsdam die Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten statt.

36. Antidiskriminierungsstelle

- http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2013/nl_06_2013/nl_06_termine_01.html



Vom 26.-28. Januar 2014 fand die 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten statt. Gewählt wurden unter anderem neue Bundessprecherinnen. [mehr]

Neue Bundessprecherinnen gewählt

Auf der Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten vom 26. bis 28. Januar 2014 in Potsdam wurden sechs neue Bundessprecherinnen gewählt: Martina Trauth-Koschnick (Potsdam), Inge Trame (Stadt Gütersloh), Saskia Veit-Prang (Stadt Wiesbaden), Heike Gerstenberger (Berlin, Bezirk Pankow), Susanne Löb (Landkreis Wolfenbüttel) und Brigitte Kowas (Berlin, Bezirk Reinickendorf). Verabschiedet wurden Roswitha Bocklage (Gleichstellungsbeauftragte Stadt Wuppertal) und Heidrun Dräger (Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Ludwigslust-Parchim). Das neue Sprecherringgremium besteht nun aus insgesamt 11 Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland.

Bundesministerin Manuela Schwesig macht Gleichstellung von Frauen und Männern zu einem Schwerpunkt ihrer Politik

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, wird die Gleichstellung von Frauen und Männern zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen. Das kündigte sie am 27. Januar auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros vor über 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland in Potsdam an.

„Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte die Bundesministerin. „Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“

In ihrer Ansprache betonte Manuela Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern.

Die Bundesfrauenministerin nannte eine Reihe von gleichstellungspolitischen Reformprojekten: Dazu zählen neben einer gesetzlichen Regelung zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen auch Maßnahmen zur Reduzierung der Entgeltlücke oder das ElterngeldPlus, das Müttern wie Vätern die bestmögliche Inanspruchnahme des Elterngeldes ermöglicht.

Die Ministerin betonte, dass für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik nicht nur Reformen auf Bundesebene notwendig seien, sondern auch eine kontinuierliche Arbeit vor Ort. Schwesig dankte den Anwesenden für ihr Engagement und erklärte, dass die Gleichstellungsarbeit unverzichtbar für die örtlichen Strukturen sei und bleiben müsse.

37. Kaiserslautern Presseamt

- <http://www.kaiserslautern.de/rathaus/pressemitteilungen/06564/?lang=de>
- Autor/in: Anna Fliegener / Sandra Janik-Sawetzki, Pressestelle
- Kaiserslautern, 30.1.2014

Wirklichkeit und Visionen – 22. Bundeskonferenz für Gleichstellungsarbeit

Kaiserslauterer Gleichstellungsbeauftragte, Marlene Isenmann-Emser, nimmt an Konferenz in Berlin teil

„Die Zeit ist reif für eine Veränderung!“ Dieses Fazit zieht die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Kaiserslautern, Marlene Isenmann-Emser, nach der Teilnahme an der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Potsdam.

Zur Eröffnung der Konferenz betonte Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort. „Sie sind das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen“, sagte Schwesig und versprach ihre politische Unterstützung. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle werde es nur durch die Gleichstellung von Frauen und Männern geben – und dafür müssten sich auch die Männer bewegen. Unter anderem fordert die 22. Bundeskonferenz der kommunalen

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten daher eine Quotierungsregel, um Führungsebenen gleichermaßen mit qualifizierten Frauen wie Männern zu besetzen. Weiterhin soll auch die Gleichbehandlung in der Sprache in allen Gesetzestexten, Ausführungsbestimmungen, Verordnungen und Veröffentlichungen der Bundesregierung umgesetzt werden.

Ebenfalls großes Handlungspotenzial in der Gleichstellungsarbeit sieht die Kaiserslauterer Beauftragte: „Es macht mich immer wieder nachdenklich, aber auch traurig, wenn ich sehe, dass manche Forderungen, die die Mütter der Verfassung zum Thema Gleichberechtigung von Frauen und Männern vor mehr als 60 Jahren hatten, bis heute nicht erreicht sind. Dass nach dem Grundgesetz Frauen und Männer gleiche Rechte haben, schlägt sich weder in der Politik noch in der Gesellschaft in fairem Teilen von Macht nieder“, so Isenmann-Emser. Tatkräftig treibt die Kaiserslauterer Gleichstellungsbeauftragte die Ebenbürtigkeit von Männern und Frauen voran. Wie auf der Konferenz einstimmig befunden, schließt sich auch Isenmann-Emser an, dass Veränderungen herbeigeführt werden müssen. Nur so könnte zukünftig Chancengleichheit unabhängig von Geschlecht existieren. Mit Tatendrang will die Kaiserslauterin auch im Jahr 2014 neue Hürden nehmen und veralteten Denkstrukturen eine deutliche Absage erteilen.

38. Noodles.com

- <http://www.noodles.com/view/55B3F540ACB-556C369AE6165C85AF9124836A-EE1?5036xxx1391092403>
- distributed by noodles on 30/01/2014 15:10
- Autor/in: Anna Fliegenger / Sandra Janik-Sawetzki, Pressestelle
- Kaiserslautern, 30.1.2014
- ©2006-2014 noodles.

Wirklichkeit und Visionen – 22. Bundeskonferenz für Gleichstellungsarbeit
Kaiserslauterer Gleichstellungsbeauftragte,
Marlene Isenmann-Emser, nimmt an Konferenz
in Berlin teil

„Die Zeit ist reif für eine Veränderung!“ Dieses Fazit zieht die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Kaiserslautern, Marlene Isenmann-Emser, nach der Teilnahme an der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Potsdam.

Zur Eröffnung der Konferenz betonte Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort. „Sie sind das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen“, sagte Schwesig und versprach ihre politische Unterstützung. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle werde es nur durch die Gleichstellung von Frauen und Männern geben – und dafür müssten sich auch die Männer bewegen. Unter anderem fordert die 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten daher eine Quotierungsregel, um Führungsebenen gleichermaßen mit qualifizierten Frauen wie Männern zu besetzen. Weiterhin soll auch die Gleichbehandlung in der Sprache in allen Gesetzestexten, Ausführungsbestimmungen, Verordnungen und Veröffentlichungen der Bundesregierung umgesetzt werden.

Ebenfalls großes Handlungspotenzial in der Gleichstellungsarbeit sieht die Kaiserslauterer Beauftragte: „Es macht mich immer wieder nachdenklich, aber auch traurig, wenn ich sehe, dass manche Forderungen, die die Mütter der Verfassung zum Thema Gleichberechtigung von Frauen und Männern vor mehr als 60 Jahren hatten, bis heute nicht erreicht sind. Dass nach dem Grundgesetz Frauen und Männer gleiche Rechte haben, schlägt sich weder in der Politik noch in der Gesellschaft in fairem Teilen von Macht nieder“, so Isenmann-Emser. Tatkräftig treibt die Kaiserslauterer Gleichstellungsbeauftragte die Ebenbürtigkeit von Männern und Frauen voran. Wie auf der Konferenz einstimmig befunden, schließt sich auch Isenmann-Emser an, dass Veränderungen herbeigeführt werden müssen. Nur so könnte zukünftig Chancengleichheit unabhängig von Geschlecht existieren. Mit Tatendrang will die Kaiserslauterin auch im Jahr 2014 neue Hürden nehmen und veralteten Denkstrukturen eine deutliche Absage erteilen.

39. Wesel Presseamt

- <http://www.kreis-wesel.de/C125747300559B9D/html/519A-46AC2E6A5826C1257C70004039DA?Open>
- 30.1.2014

Petra Hommers möchte mehr Frauen in den Räten

„Wirklichkeit und Visionen -Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit“ so der Titel der 22. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen, die am 28. Januar in Potsdam stattfand. „Die Zeit ist reif für Veränderung!“, dieses Fazit zieht die Gleichstellungsbeauftragte der Kreisverwaltung Wesel, Petra Hommers.

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig eröffnete die Bundeskonferenz und betonte hierbei wie wichtig die Gleichstellungsarbeit vor Ort ist: „Sie sind das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen“, sagte Schwesig und versprach ihre politische Unterstützung. „Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle gibt es nur durch die Gleichstellung von Männern und Frauen und dafür müssten sich auch die Männer bewegen“, so ihr Fazit.

Der Brandenburger Frauen- und Familienminister Günter Baaske forderte die Parteien auf, mehr Frauen für Kommunalwahlen und Landesregierungen aufzustellen. „Dieser Forderung schließe ich mich an, denn im Kreistag Wesel sind lediglich 27 Prozent Frauen vertreten. In den Räten der Kommunen sieht es nicht besser aus. Im Durchschnitt liegt der Frauenanteil in den politischen Kommunalvertretungen im Kreis Wesel bei lediglich 22 Prozent“, so Hommers.

Um eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer umzusetzen, braucht es Personal, Zeit und Geld. Dafür müssten ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden. „Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen dringend mehr Unterstützung in Politik, und Sanktionsmöglichkeiten, wenn das Gleichstellungsgesetz missachtet wird“, so Petra Hommers. Derzeit wird das Landesgleichstellungsgesetz NRW evaluiert. Sie hofft, dass Sanktionsmaßnahmen in die Überarbeitung des Gesetzes einfließen werden.

Die 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten erarbeitete folgende gleichstellungspolitische Forderungen:

1. Um durchgängig alle Führungsebenen gleichermaßen mit qualifizierten Frauen wie Männern zu besetzen, braucht es eine umfassende Quotierungsregelung.
2. Ein Entgeltgleichheitsgesetz, das die Einführung eines diskriminierungsfreien Bewertungssystems mit Frauenförderregelungen in den Tarifverträgen koppelt. Wir fordern die Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse.
3. Das Betreuungsgeld und das Ehegattensplitting müssen abgeschafft werden. Wir wollen ein geschlechtergerechtes Steuersystem und damit Steuergerechtigkeit für alle.
4. Hilfesysteme für von Gewalt betroffene Frauen sollen als staatliche Pflichtaufgabe finanziert werden, z. B. Frauenhäuser, Notrufe und Beratungsstellen.
5. Die Kommune ist die Wiege der Demokratie. Die BAG fordert daher die Einführung paritätisch besetzter Wahlvorschlagslisten in den Kommunalvertreterinnen Deutschlands.
6. Gleichbehandlung in der Sprache soll in allen Gesetzestexten, Ausführungsbestimmungen, Verordnungen und Veröffentlichungen der Bundesregierung umgesetzt werden. Nur wer genannt ist, ist auch gemeint.

„Ich bin gespannt“, so Hommers, „was letztendlich umgesetzt werden wird.“

40. Schermbeck online

- <http://schermbeck-online.de/petra-hommers-moechte-mehr-frauen-in-den-raeten/>
- *Gepostet von Heimatreporter, 30.1.2014 in Kreis Wesel, keine Kommentare*

Petra Hommers möchte mehr Frauen in den Räten

„Wirklichkeit und Visionen -Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit“ so der Titel der 22. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen, die am 28. Januar in Potsdam stattfand. „Die Zeit ist reif für Veränderung!“, dieses

Fazit zieht die Gleichstellungsbeauftragte der Kreisverwaltung Wesel, Petra Hommers (Foto).

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig eröffnete die Bundeskonferenz und betonte hierbei wie wichtig die Gleichstellungsarbeit vor Ort ist: „Sie sind das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen“, sagte Schwesig und versprach ihre politische Unterstützung. „Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle gibt es nur durch die Gleichstellung von Männern und Frauen und dafür müssten sich auch die Männer bewegen“, so ihr Fazit.

Der Brandenburger Frauen- und Familienminister Günter Baaske forderte die Parteien auf, mehr Frauen für Kommunalwahlen und Landesregierungen aufzustellen. „Dieser Forderung schließe ich mich an, denn im Kreistag Wesel sind lediglich 27 Prozent Frauen vertreten. In den Räten der Kommunen sieht es nicht besser aus. Im Durchschnitt liegt der Frauenanteil in den politischen Kommunalvertretungen im Kreis Wesel bei lediglich 22 Prozent“, so Hommers.

Um eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer umzusetzen, braucht es Personal, Zeit und Geld. Dafür müssten ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden. „Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen dringend mehr Unterstützung in Politik, und Sanktionsmöglichkeiten, wenn das Gleichstellungsgesetz missachtet wird“, so Petra Hommers. Derzeit wird das Landesgleichstellungsgesetz NRW evaluiert. Sie hofft, dass Sanktionsmaßnahmen in die Überarbeitung des Gesetzes einfließen werden.

Die 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten erarbeitete folgende gleichstellungspolitische Forderungen:

1. Um durchgängig alle Führungsebenen gleichermaßen mit qualifizierten Frauen wie Männern zu besetzen, braucht es eine umfassende Quotierungsregelung.
2. Ein Entgeltgleichheitsgesetz, das die Einführung eines diskriminierungsfreien Bewertungssystems mit Frauenförderregelungen in den Tarifverträgen

koppelt. Wir fordern die Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse.

3. Das Betreuungsgeld und das Ehegattensplitting müssen abgeschafft werden. Wir wollen ein geschlechtergerechtes Steuersystem und damit Steuergerechtigkeit für alle.
4. Hilfesysteme für von Gewalt betroffene Frauen sollen als staatliche Pflichtaufgabe finanziert werden, z. B. Frauenhäuser, Notrufe und Beratungsstellen.
5. Die Kommune ist die Wiege der Demokratie. Die BAG fordert daher die Einführung paritätisch besetzter Wahlvorschlagslisten in den Kommunalvertreterinnen Deutschlands.
6. Gleichbehandlung in der Sprache soll in allen Gesetzestexten, Ausführungsbestimmungen, Verordnungen und Veröffentlichungen der Bundesregierung umgesetzt werden. Nur wer genannt ist, ist auch gemeint.

„Ich bin gespannt“, so Hommers, „was letztendlich umgesetzt werden wird.“

41. Hildesheim Stadt

- <http://www.klick-hildesheim.de/2394/bundeskonferenz-kommunaler-frauen-bueros-und-gleichstellungsstellen-in-potsdam>
- 30.1.2014, 15.22 Uhr
- Kontakt: Klick-Hildesheim.de, Inhaber: Markus Meißner, Kaiserstraße 3, 31134 Hildesheim, Telefon: +49 (0) 5121/927 2974, Fax: +49 (0) 5121/927 5972, E-Mail: info@klick-hildesheim.de

Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Potsdam

Wirklichkeit und Visionen – Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit

Kreis Hildesheim (Ips) Die Zeit ist reif für Veränderung! Dieses Fazit ziehen die Gleichstellungsbeauftragten Ursula Geiger aus Bad Salzdetfurth, Angela Geweke vom Landkreis Hildesheim und Karin Jahns aus der Stadt Hildesheim nach der Teilnahme an der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Potsdam.

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig begrüßte mehr als 400 Teilnehmerinnen und betonte zur Eröffnung der Bundeskonferenz die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort: „Sie sind das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen“, sagte Schwesig und versprach ihre politische Unterstützung. „Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte die Bundesministerin. „Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“



Foto: Sarah Kleemann

In ihrer Ansprache betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft zu ermöglichen und zu fördern.

Der Brandenburger Frauen- und Familienminister Günter Baaske forderte die Parteien auf, mehr Frauen für Kommunalwahlen und Landesregierungen aufzustellen. In der Region Hildesheim ist der Frauenanteil in den Gremien mit einem Drittel deutlich höher als im Durchschnitt. Deutlich schlechter sieht es in Aufsichtsräten und Führungsetagen der kommunalen Tochterunternehmen aus. Auch da besteht dringender Handlungsbedarf.

Die Gleichstellungsbeauftragten aus Stadt und Landkreis Hildesheim positionieren sich eindeutig: „Eine

erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer braucht Personal, Zeit und Geld. In Zukunft wird es Gleichstellungspolitik für beide Geschlechter geben. Dafür müssen ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen weiterhin Unterstützung in Politik und Verwaltung sowie Sanktionsmöglichkeiten, wenn das Gleichberechtigungsgesetz missachtet wird.“

42. Wedmark.de

- www.wedmark.de/portal/meldungen/bundeskonferenz-der-gleichstellungsbeauftragten-918001503-20051.html?rubrik=918000017

Bundeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten

Vom 26.1. bis 28.1.2014 tagten 440 Gleichstellungsbeauftragte aus der ganzen Bundesrepublik zu aktuellen Themen und entschieden über Forderungen zu Gleichstellungspolitik. Die Gleichstellungsbeauftragte der Gemeinde Wedmark hat daran teilgenommen.



Foto: Barbara Thieme

Wirklichkeit und Visionen – Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit

22. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen ist erfolgreich zu Ende gegangen.

Die Zeit ist reif für Veränderung! Dieses Fazit zieht Gleichstellungsbeauftragte Mona Achterberg nach der Teilnahme an der 22. Bundeskonferenz der kom-

munalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Potsdam.

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig betonte zur Eröffnung der Bundeskonferenz die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort: Sie sind das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen, sagte Schwesig und versprach ihre politische Unterstützung. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle werde es nur durch die Gleichstellung von Männern und Frauen geben – und dafür müssten sich auch die Männer bewegen.

Der Brandenburger Frauen- und Familienminister Günter Baaske forderte die Parteien auf, mehr Frauen für Kommunalwahlen und Landesregierungen aufzustellen. Dieser Forderung schließe ich mich an, in der Wedemark sind zwar immerhin 44,44 Prozent Frauen im Rat, aber nur durchschnittlich 29 Prozent in den Ortsräten. Noch schlechter sieht es in den Aufsichtsräten und Führungsetagen der gemeindeeigenen Töchterunternehmen aus. Auch da besteht dringender Handlungsbedarf.

Eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer braucht Personal, Zeit und Geld. In Zukunft wird es Gleichstellungspolitik für beide Geschlechter geben. Dafür müssen ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen dringend mehr Unterstützung in Politik und Rat und Sanktionsmöglichkeiten, wenn das Gleichstellungsgesetz missachtet wird.

Die 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fordert:

1. Um durchgängig alle Führungsebenen gleichermaßen mit qualifizierten Frauen wie Männern zu besetzen, braucht es eine umfassende Quotierungsregelung.
2. Ein Entgeltgleichheitsgesetz, das die Einführung eines diskriminierungsfreien Bewertungssystems mit Frauenförderregelungen in den Tarifverträgen koppelt. Wir fordern die Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse.

3. Das Betreuungsgeld und das Ehegattensplitting müssen abgeschafft werden. Wir wollen ein geschlechtergerechtes Steuersystem und damit Steuergerechtigkeit für alle.
4. Hilfesysteme für von Gewalt betroffene Frauen sollen als staatliche Pflichtaufgabe finanziert werden, z. B. Frauenhäuser, Notrufe und Beratungsstellen.
5. Die Kommune ist die Wiege der Demokratie. Die BAG fordert daher die Einführung paritätisch besetzter Wahlvorschlagslisten in den Kommunalvertreterinnen Deutschlands.
6. Gleichbehandlung in der Sprache soll in allen Gesetzestexten, Ausführungsbestimmungen, Verordnungen und Veröffentlichungen der Bundesregierung umgesetzt werden. Nur wer genannt ist, ist auch gemeint.

Neue Bundessprecherinnen

Die Bundeskonferenz hat insgesamt sechs neue Sprecherinnen gewählt: Martina Trauth-Koschnick (Potsdam), Inge Trame (Stadt Gütersloh), Saskia Veit-Prang (Stadt Wiesbaden), Heike Gerstenberger (Berlin, Bezirk Pankow), Susanne Löb (Landkreis Wolfenbüttel), Brigitte Kowas (Berlin, Bezirk Reinickendorf)

Verabschiedet wurden Roswitha Bocklage (Gleichstellungsbeauftragte Stadt Wuppertal) und Heidrun Dräger (Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Ludwigslust-Parchim)

Das neue Sprecherinnengremium besteht nun aus 11 Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland. Sie vertreten die Belange von mehr als 1400 kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

43. Helmstedt Magazin

- <http://helmstedt.de/magazin/artikel.php?artikel=1670&type=2&menuid=684&topmenu=782>

Wirklichkeit und Visionen – Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit

Am 27. und 28. Januar 2014 fand in Potsdam die 22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands statt.

Für die Bundessprecherinnen begrüßte Katrin Morof, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Helmstedt, die Bundesministerin Manuela Schwesig und Brandenburgs Frauen- und Familienminister Günter Baaske.



Bundesministerin Manuela Schwesig und Bundessprecherin Katrin Morof. Foto: Barbara Thieme

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig betonte zur Eröffnung der Bundeskonferenz die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort: Sie ist das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen, sagte Schwesig und versprach ihre politische Unterstützung. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle werde es nur durch die Gleichstellung von Männern und Frauen geben – und dafür müssten sich auch die Männer bewegen.

Die Zeit ist reif für Veränderung, so das Fazit der mehr als 400 Teilnehmerinnen. 54 Prozent der Frauen in Deutschland finden, dass die Gleichberechtigung noch nicht erreicht ist, das hat eine repräsentative Studie des Institutes Allensbach ergeben. Nur durch das Engagement von Männern und Frauen, Politik, Verwaltungen, Unternehmen und Medien kann erreicht werden, dass die Hälfte der Gesellschaft endlich die gleichen Chancen bekommt.

Es wird höchste Zeit: immerhin leben wir im 21. Jahrhundert!

Eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer braucht Personal, Zeit und Geld. In Zukunft wird es Gleichstellungspolitik für beide Geschlechter geben. Dafür müssen ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden.

Die 22. Bundeskonferenz hat folgende Anträge beschlossen:

- Das Steuerrecht muss geändert werden, denn die Besteuerung ist ungerecht, weil nicht geschlechtergerecht und geht auf Kosten von Frauen.
- Die paritätische Besetzung von Gremien muss in Landesgesetzen verankert und Verstöße mit Sanktionen belegt werden.
- Körperverletzung bei häuslicher Gewalt muss als Officialdelikt gewertet und entsprechend bestraft werden.
- Es müssen Auflagen beim Umgangsrecht von Tätern gegenüber Kindern bei häuslicher Gewalt erfolgen.
- Bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz sollen höhere Strafen verhängt werden.

Weitere Informationen sehen Sie unter www.frauenbeauftragte.de

44. Hildesheim Landkreis

- <http://www.landkreishildesheim.de/index.php?object=tx1905.2&ModID=7&FID=1905.1322.1&NavID=1905.124&La=1>
- 31.1.2014

Wirklichkeit und Visionen – Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit (LKH 14-01) 22. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Potsdam

Die Zeit ist reif für Veränderung! Dieses Fazit ziehen die Gleichstellungsbeauftragten Ursula Geiger aus Bad Salzdetfurth, Angela Geweke vom Landkreis Hildesheim und Karin Jahns aus der Stadt Hildesheim nach der Teilnahme an der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Potsdam.

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig begrüßte mehr als 400 Teilnehmerinnen und betonte zur Eröffnung der Bundeskonferenz die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort: „Sie sind das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen“, sagte Schwesig und versprach ihre politische Unterstützung. „Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte die Bundesministerin. „Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“

In ihrer Ansprache betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft zu ermöglichen und zu fördern.

Der Brandenburger Frauen- und Familienminister Günter Baaske forderte die Parteien auf, mehr Frauen für Kommunalwahlen und Landesregierungen aufzustellen. In der Region Hildesheim ist der Frauenanteil in den Gremien mit einem Drittel deutlich höher als im Durchschnitt. Deutlich schlechter sieht es in Aufsichtsräten und Führungsetagen der kommunalen Töchterunternehmen aus. Auch da besteht dringender Handlungsbedarf.

Die Gleichstellungsbeauftragten aus Stadt und Landkreis Hildesheim positionieren sich eindeutig: „Eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer braucht Personal, Zeit und Geld. In Zukunft wird es Gleichstellungspolitik für beide Geschlechter geben. Dafür müssen ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen weiterhin Unterstützung in Politik und Verwaltung sowie Sanktionsmöglichkeiten, wenn das Gleichberechtigungsgesetz missachtet wird.“



Bundesministerin Manuela Schwesig eröffnete die Bundeskonferenz. Foto: Sarah Kleemann



Über 400 Gleichstellungsbeauftragte nehmen an der 22. Bundeskonferenz teil. Foto: Barbara Thieme

45. Potsdam Presseamt

• © Landeshauptstadt Potsdam

Die Zeit ist reif für Veränderung!

Dieses Fazit zieht Gleichstellungsbeauftragte Martina Trauth-Koschnick nach der Teilnahme an der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Potsdam.

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig betonte zur Eröffnung der Bundeskonferenz die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort: Sie sind das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen, sagte Schwesig und versprach ihre politische Unterstützung. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle werde es nur durch die Gleichstellung von Männern und Frauen geben – und dafür müssten sich auch die Männer bewegen.

Die 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fordert:

1. Um durchgängig alle Führungsebenen gleichermaßen mit qualifizierten Frauen wie Männern zu besetzen, braucht es eine umfassende Quotierungsregelung.
2. Ein Entgeltgleichheitsgesetz, das die Einführung eines diskriminierungsfreien Bewertungssystems mit Frauenförderregelungen in den Tarifverträgen koppelt. Wir fordern die Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse.
3. Das Betreuungsgeld und das Ehegattensplitting müssen abgeschafft werden. Wir wollen ein geschlechtergerechtes Steuersystem und damit Steuergerechtigkeit für alle.
4. Hilfesysteme für von Gewalt betroffene Frauen sollen als staatliche Pflichtaufgabe finanziert werden, z. B. Frauenhäuser, Notrufe und Beratungsstellen.
5. Die Kommune ist die Wiege der Demokratie. Die BAG fordert daher die Einführung paritätisch besetzter Wahlvorschlagslisten in den Kommunalvertreterinnen Deutschlands.
6. Gleichbehandlung in der Sprache soll in allen Gesetzestexten, Ausführungsbestimmungen, Verordnungen und Veröffentlichungen der Bundesregierung umgesetzt werden. Nur wer genannt ist, ist auch gemeint.

Martina Trauth-Koschnick ist auf der Mitgliederversammlung der 22. Bundeskonferenz zur Bundessprecherin gewählt worden. „Dies ist mir eine besondere Ehre und Verpflichtung“, sagt die Gleichstellungsbeauftragte und Leiterin des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt. In der neuen Funktion wird sie sich neben ihren kommunalen Aufgaben auch auf der Bundesebene für Frauen- und Gleichstellungspolitik engagieren und die Interessen von mehr als 1.400 kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten im gesamten Bundesgebiet vertreten.

46. Wolfsburger Blatt

- <http://www.wolfsburgerblatt.de/regionales/75212089-wolfsburg-bei-gleichstellung-auf-gutem-weg>
- 31.1.2014

Wolfsburg bei Gleichstellung auf gutem Weg Gleichstellungsbeauftragte zieht positives Fazit nach Bundestreffen in Potsdam



Foto: Barbara Thieme

Wolfsburg (WB/Stadt Wolfsburg) – Wolfsburg ist in Sachen Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf einem guten Weg. Dieses Fazit hat Beate Ebeling, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt, nach einem Treffen der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros in Potsdam gezogen. Dabei diskutierten die mehr als 420 Teilnehmerinnen über Visionen und Wirklichkeiten der Gleichstellungsarbeit und stellten fest, dass es in Zukunft Gleichstellungspolitik für beide Geschlechter geben muss.

Die Stadt Wolfsburg setzt sich bereits für dieses Ziel ein, erklärt Ebeling: „Wir müssen in der Gleichstellungspolitik beide Geschlechter in ihren Unterschiedlichkeiten wahrnehmen. So wurde im Gleichstellungsplan der Wolfsburger Stadtverwaltung verankert, dass das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausdrücklich für beide Geschlechter – Frauen und Männer – gelten soll.“ Auch die kürzlich vom Rat der Stadt beschlossene Einrichtung eines Väterbüros weist für Ebeling auf dem Weg in eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer in die richtige Richtung.

Auf der Konferenz forderten die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Deutschland unter anderem mehr Frauen in Führungspositionen, ein geschlechtergerechtes Steuersystem, ein Entgeltgleichheitsgesetz und die Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse. Beate Ebeling sieht hier dringenden Handlungsbedarf: „Wir mussten erst letztes Jahr wieder bei einer Veranstaltungsreihe zum Thema „Frauen in Sozial- und Gesundheitsberufen“ schmerzlich feststellen, dass die Frauen in diesen Berufsfeldern verantwortungsvolle, schwere Tätigkeiten ausüben und weder eine gesellschaftliche Anerkennung noch eine angemessene Bezahlung bekommen.“

Nicht alle Kommunen können es sich wie Wolfsburg leisten, umfassende Hilfesysteme für von Gewalt betroffene Frauen vor Ort vorzuhalten. Im Sinne von gleichwertigen Lebensbedingungen innerhalb Deutschlands wird sich Beate Ebeling daher auch für die Forderung aus der Bundeskonferenz einsetzen, dass die Hilfesysteme wie z. B. Frauenhäuser, Notrufe und Beratungsstellen als staatliche Pflichtaufgabe finanziert werden müssen.

47. Seseke Stadt Kamen

- <http://sesekegefluester.de/stadt-kamen/politik/maenner-bewegt-euch/>
- 1.2.2014,
- Von Redaktion, Rubrik: Politik, Soziales, Stadt Kamen



Die Gleichstellungsbeauftragten aus dem Kreis nahmen an der 22. Bundeskonferenz teil. Foto Barbara Thieme

Männer, kommt in die Hufe

Die Zeit ist reif für Veränderung – dieses Fazit ziehen die nach Potsdam gereisten Gleichstellungsbeauftragten aus dem Kreis Unna – unter ihnen auch Kamens Gleichstellungsbeauftragte Martina Grotthaus – nach der Teilnahme an der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands.

Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, betonte zur Eröffnung der Bundeskonferenz die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort: Sie sind das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen, sagte Schwesig und versprach ihre politische Unterstützung. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle werde es nur durch die Gleichstellung von Männern und Frauen geben – und dafür müssten sich auch die Männer bewegen.

Mehr Frauen aufstellen für Kommunalwahlen und Landesregierungen

Der Brandenburger Frauen- und Familienminister Günter Baaske forderte die Parteien auf, mehr Frauen für Kommunalwahlen und Landesregierungen aufzustellen. Noch schlechter sieht es in Aufsichtsräten und Führungsetagen der städtischen Töchterunternehmen aus. Auch da besteht dringender Handlungsbedarf.

Eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer braucht Personal, Zeit und Geld. In Zukunft wird es Gleichstellungspolitik für beide Geschlechter geben. Dafür müssen ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen dringend mehr Unterstützung in Politik und Rat und Sanktionsmöglichkeiten, wenn das Gleichstellungsgesetz missachtet wird.

Die 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fordert:

1. Um durchgängig alle Führungsebenen gleichermaßen mit qualifizierten Frauen wie Männern zu besetzen, braucht es eine umfassende Quotierungsregelung.

2. Ein Entgeltgleichheitsgesetz, das die Einführung eines diskriminierungsfreien Bewertungssystems mit Frauenförderregelungen in den Tarifverträgen koppelt. Wir fordern die Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse.
3. Das Betreuungsgeld und das Ehegattensplitting müssen abgeschafft werden. Wir wollen ein geschlechtergerechtes Steuersystem und damit Steuergerechtigkeit für alle.
4. Hilfesysteme für von Gewalt betroffene Frauen sollen als staatliche Pflichtaufgabe finanziert werden, z. B. Frauenhäuser, Notrufe und Beratungsstellen.
5. Die Kommune ist die Wiege der Demokratie. Die BAG fordert daher die Einführung paritätisch besetzter Wahlvorschlagslisten in den Kommunalvertreterinnen Deutschlands.
6. Gleichbehandlung in der Sprache soll in allen Gesetzestexten, Ausführungsbestimmungen, Verordnungen und Veröffentlichungen der Bundesregierung umgesetzt werden. Nur wer genannt ist, ist auch gemeint.

48. Wuppertaler Rundschau

- http://www.wuppertaler-rundschau.de/web/home/lokalnachrichten/artikel~nwsa-188599--Gleichstellung_Bocklage_als_Bundessprecherin
- Lokalnachrichten

Gleichstellung: Bocklage als Bundessprecherin verabschiedet

Roswitha Bocklage, Leiterin der Gleichstellungsstelle für Frau und Mann bei der Stadt Wuppertal, ist nach achtjähriger Tätigkeit als eine der Bundessprecherinnen der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands verabschiedet worden. An der 22. Bundeskonferenz in Potsdam nahm auch Bundesfrauenministerin teil.



Bundesministerin Manuela Schwesig (4.v.r.) und Minister Günter Baaske (3.v.r.) mit Wuppertals

Gleichstellungsbeauftragten Roswitha Bocklage (2.v.r.) und Bundessprecherinnen. Foto: Barbara Thieme

In Wuppertal sitzen nach Angaben von Bocklage 21 Frauen im Stadtrat. Das entspricht einem Anteil von 33 Prozent. Noch schlechter sehe es in Aufsichtsräten und Führungsetagen der städtischen Töchterunternehmen und in der Stadtverwaltung aus. Dort betrage der Frauenanteil in den Führungspositionen 29 Prozent bei rund 60 Prozent weiblichen Beschäftigten.

Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fordern unter anderem eine umfassende Quotierungsregelung, um durchgängig alle Führungsebenen gleichermaßen mit qualifizierten Frauen wie Männern zu besetzen, gleiche Bezahlung für Frauen und Männer und die Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse. Außerdem sollen Hilfesysteme für von Gewalt betroffene Frauen als staatliche Pflichtaufgabe finanziert werden, z. B. Frauenhäuser, Notrufe und Beratungsstellen.

49. Wuppertal Presseamt

- <https://www.wuppertal.de/pressearchiv/meldungen-2014/januar/102370100000547460.php>
- 31.1.2014

Frauenförderung: Bundeskonferenz fordert Frauenquote



Bundesministerin Manuela Schwesig mit Teilnehmerinnen der 22. Bundeskonferenz / © Barbara Thieme

„Die Zeit ist reif für Veränderung“, dieses Fazit zieht Roswitha Bocklage, Leiterin der Gleichstellungsstelle

für Frau und Mann bei der Stadt Wuppertal nach der Teilnahme an der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands vom 26. bis 28. Januar in Potsdam.

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig betonte zur Eröffnung der Bundeskonferenz die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort. „Sie ist das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen“, sagte Schwesig und versprach ihre politische Unterstützung. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle werde es nur durch die Gleichstellung von Männern und Frauen geben – und dafür müssten sich auch die Männer bewegen.

Der Brandenburger Frauen- und Familienminister Günter Baaske forderte die Parteien auf, mehr Frauen für Kommunalwahlen und Landesregierungen aufzustellen.

„Dieser Forderung schließe ich mich an“, sagt Roswitha Bocklage. „In Wuppertal sind lediglich 21 Frauen im Stadtrat. Das entspricht einem Frauenanteil von 33 Prozent.“ Noch schlechter sehe es in Aufsichtsräten und Führungsetagen der städtischen Tochterunternehmen und in der Stadtverwaltung aus: „Der Frauenanteil in den Führungspositionen beträgt lediglich 29 Prozent bei rund 60 Prozent weiblichen Beschäftigten.“

Die 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fordert unter anderem eine umfassende Quotierungsregelung, um durchgängig alle Führungsebenen gleichermaßen mit qualifizierten Frauen wie Männern zu besetzen, gleiche Bezahlung für Frauen und Männer und die Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse. Außerdem sollen Hilfesysteme für von Gewalt betroffene Frauen als staatliche Pflichtaufgabe finanziert werden, z. B. Frauenhäuser, Notrufe und Beratungsstellen.

Nach achtjähriger Tätigkeit wurde Roswitha Bocklage als eine der Bundessprecherinnen verabschiedet.

Das neue Sprecherinnengremium besteht aus elf Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland.

Sie vertreten die Belange von mehr als 1400 kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

50. Frauenrat

- <http://www.frauenrat.de/deutsch/infopool/nachrichten/informationdetail/article/damit-aus-der-vision-wirklichkeit-wird.html>
- *Nachrichten*, 31.1.2014

Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros – Damit aus der Vision Wirklichkeit wird



Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig mit 420 kommunalen Gleichstellungsbeauftragten.

Foto: Barbara Thieme

Sie haben eine Vision: keine kommunale Entscheidung mehr, ohne dass sie beteiligt werden. Doch für die kommunalen Frauenbeauftragten sieht die Realität anders aus: zu wenig Personal und Budget, zu wenig Anerkennung, schlechte Bezahlung. Auf ihrer Bundeskonferenz vergangene Woche hat die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros (BAG) ihre Forderungen formuliert, damit aus der Vision Realität wird.

Budget reicht von 0 bis 2.5 Millionen Euro

Bundesweit sind rund 1.400 hauptamtliche Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte in den Kommunen tätig, das heißt im Durchschnitt kommt eine auf 100.000 EinwohnerInnen. Doch aufgrund der jeweils unterschiedlichen Landesgleichstellungsgesetze und Kommunalverfassungen finden die Frauenbüros sehr unterschiedliche Arbeitsbedingungen vor: Arbeitszeiten, Vergütung, die organisatori-

sche Einbindung in die Verwaltung sowie das Budget unterscheiden sich teilweise erheblich voneinander. So hat eine Befragung der in Gleichstellungsstellen und Frauenbüros hauptamtlich Tätigen gezeigt, dass die Spannbreite der finanziellen Ressourcen von 0 bis 2.500.000 Euro Budget jährlich reicht.

Eine Hauptamtliche je 10.000 EinwohnerInnen

Diesen Zustand wollen die Gleichstellungsbeauftragten nicht länger hinnehmen. Sie fordern deshalb eine volle hauptamtliche Stelle je 10.000 EinwohnerInnen, denn auch das ist nicht immer gewährleistet: In manchen Kommunen sind die Gleichstellungsbeauftragten lediglich ehrenamtlich tätig. Darüber hinaus hält die BAG eine angemessene Bezahlung für die Aufgabe sowie einen direkten Kontakt der Verantwortlichen zur Verwaltungsspitze für unerlässlich.

Quote für alle Hierarchieebenen

Auf ihrer Potsdamer Bundeskonferenz beschäftigte sich die BAG aber nicht nur mit den Erfordernissen an die eigene Arbeit – auch die großen frauenpolitischen Themen standen in den drei Konferenztagen auf der Agenda. So nahm die BAG auch eine Bewertung des schwarz-roten Koalitionsvertrages vor. In vielen Punkten stimmen die Frauenbüros mit den Plänen der Großen Koalition überein. So begrüßen sie die von der Bundesregierung geplante gesetzliche Quote für Aufsichtsräte – halten sie jedoch nicht für weitreichend genug. Stattdessen verlangt die BAG Quotenregelungen für alle Hierarchieebenen der Wirtschaft.

Equal Pay: diskriminierungsfreies Bewertungssystem

Auch bei der Entgeltgleichheit positioniert sich die BAG klar und drängt auf ein „Entgeltgleichheitsgesetz, das die Einführung eines diskriminierungsfreien Bewertungssystems mit Frauenförderregelungen in den Tarifverträgen koppelt“. Die von Schwarz-Rot geplante Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes halten die Frauenbeauftragten für notwendig und sinnvoll – nicht zuletzt, weil dieser vor allem Frauen zu gute kommen werde. Doch dass die Große Koalition den Bereich der geringfügigen

Beschäftigung, die sogenannten Minijobs, nur neu regeln will, reicht ihnen nicht. Die BAG verlangt die Abschaffung.

Betreuungsgeld und Ehegattensplitting abschaffen

Mehr erwartet hat die BAG von der neuen Bundesregierung auch in der Familienpolitik: Das Betreuungsgeld gehöre abgeschafft, das Ehegattensplitting müsse zu Gunsten einer Individualbesteuerung fallen und der Unterhaltsvorschuss ausgeweitet werden. Adressatin der BAG-Forderungen war in erster Linie Bundesfrauenministerin, Manuela Schwesig. Die SPD-Politikerin eröffnete die BAG-Bundeskonferenz und versprach den 420 Gleichstellungsbeauftragten, sie wolle die Ungerechtigkeiten, die für Frauen in der Arbeitswelt bestünden, beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern. „Wir wollen die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zudem brauchen wir mehr Frauen in Führungspositionen. Ein Schlüssel für diese Themen ist, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer zu verbessern.“

Die Ministerin betonte, dass für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik nicht nur Reformen auf Bundesebene notwendig seien, sondern auch eine kontinuierliche Arbeit vor Ort. Die Gleichstellungsarbeit der BAG-Frauen sei deshalb unverzichtbar für die örtlichen Strukturen. *Nathalie Sopacua*

51. Mag3 i magazin

- http://mag3.i-magazine.de/magPage/Uetersener_Nachrichten_Ausgabe_vom_31_01_2014/Seite_3/#/2

vor 5 Tagen – Uetersens Gleichstellungsbeauftragte Christiane Greve nahm an der 22. Bundeskonferenz der ... Teilnahme an der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Potsdam.

52. SPD Kamen

- <http://www.spd-kamen.de/meldungen/18028/154659/Maenner-kommt-in-die-Hufe.html>
- Pressemitteilung
- © 2014 SPD Stadtverband Kamen. Realisiert mit nrwspd.net. Alle Rechte vorbehalten. All rights reserved.



Foto: Birgit Wippermann

Männer, kommt in die Hufe – Die Zeit ist reif für Veränderung

Die Zeit ist reif für Veränderung – dieses Fazit ziehen die nach Potsdam gereisten Gleichstellungsbeauftragten aus dem Kreis Unna – unter ihnen auch Kamens Gleichstellungsbeauftragte Martina Grothaus – nach der Teilnahme an der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands.

Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, betonte zur Eröffnung der Bundeskonferenz die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort: Sie sind das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen, sagte Schwesig und versprach ihre politische Unterstützung. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle werde es nur durch die Gleichstellung von Männern und Frauen geben – und dafür müssten sich auch die Männer bewegen.

Mehr Frauen aufstellen für Kommunalwahlen und Landesregierungen

Der Brandenburger Frauen- und Familienminister Günter Baaske forderte die Parteien auf, mehr Frauen für Kommunalwahlen und Landesregierungen aufzustellen. Noch schlechter sieht es in Auf-

sichtsräten und Führungsetagen der städtischen Töchterunternehmen aus. Auch da besteht dringender Handlungsbedarf.

Eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer braucht Personal, Zeit und Geld. In Zukunft wird es Gleichstellungspolitik für beide Geschlechter geben. Dafür müssen ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen dringend mehr Unterstützung in Politik und Rat und Sanktionsmöglichkeiten, wenn das Gleichstellungsgesetz missachtet wird.

Die 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fordert:

1. Um durchgängig alle Führungsebenen gleichermaßen mit qualifizierten Frauen wie Männern zu besetzen, braucht es eine umfassende Quotierungsregelung.
2. Ein Entgeltgleichheitsgesetz, das die Einführung eines diskriminierungsfreien Bewertungssystems mit Frauenförderregelungen in den Tarifverträgen koppelt. Wir fordern die Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse.
3. Das Betreuungsgeld und das Ehegattensplitting müssen abgeschafft werden. Wir wollen ein geschlechtergerechtes Steuersystem und damit Steuergerechtigkeit für alle.
4. Hilfesysteme für von Gewalt betroffene Frauen sollen als staatliche Pflichtaufgabe finanziert werden, z. B. Frauenhäuser, Notrufe und Beratungsstellen.
5. Die Kommune ist die Wiege der Demokratie. Die BAG fordert daher die Einführung paritätisch besetzter Wahlvorschlagslisten in den Kommunalvertreterinnen Deutschlands.
6. Gleichbehandlung in der Sprache soll in allen Gesetzestexten, Ausführungsbestimmungen, Verordnungen und Veröffentlichungen der Bundesregierung umgesetzt werden. Nur wer genannt ist, ist auch gemeint.

53. Der Westen

- www.derwesten.de/staedte/oberhausen/costecki-mehr-chancen-auf-teilzeit-noetig-aimp-id8955416.html
- 5.2.2014, 00.18 Uhr

Costecki: Mehr Chancen auf Teilzeit nötig

Mit ihren Schwerpunktthemen der Gleichstellungspolitik stellte sich Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig bei der Bundestagung der Gleichstellungsbeauftragten in Potsdam vor, an der auch die Oberhausener Gleichstellungsbeauftragte Britta Costecki teilnahm. Schwesig will Änderungen in den Strukturen der Arbeitswelt erreichen, die es Frauen und Männern ermöglichen, Familie und Beruf besser zu vereinbaren – etwa durch eine geförderte, partnerschaftlich reduzierte Arbeitszeit.

Costecki: „Der Ansatz ist genau richtig. Viele Männer wollen mehr Zeit in ihre Familie investieren. Und Frauen selbst wollen nach und nach ihre Teilzeit hinaufsetzen, doch dies wird ihnen durch die Arbeitswelt oftmals nicht ermöglicht. Aber gerade bei den Frauen findet sich so viel Potenzial für den Arbeitsmarkt, das paradoxerweise von den Arbeitgebern nicht genutzt wird, obwohl der Ruf nach Fachkräften so laut ist. Die Arbeitgeber müssen die Frauen entdecken und ihnen die flexible Erwerbstätigkeit ermöglichen.“ Das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit ist im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgeschrieben, aber für Britta Costecki muss die Möglichkeit bestehen, die Wochenarbeitszeit individuell aufzustocken, um den Bedürfnissen der Familie gerecht zu werden. Dies sei auch im Interesse der Arbeitgeber: „Besser ein Einsatz einer qualifizierten Arbeitnehmerin, die ihre Stundenanteile sukzessive erhöht, als eine freie bzw. schlecht besetzte Stelle!“

54. Diekholzen.de

- <http://www.diekholzen.de/index.phtml?object=tx1886.11&ModID=7&FID=1905.1322.1&sNavID=1886.64&mNavID=1886.7&NavID=1886.64&La=1>

Wirklichkeit und Visionen – Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit (LKHi 14-01) 22. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Potsdam

Die Zeit ist reif für Veränderung! Dieses Fazit ziehen die Gleichstellungsbeauftragten Ursula Geiger aus Bad Salzdetfurth, Angela Geweke vom Landkreis Hildesheim und Karin Jahns aus der Stadt Hildesheim nach der Teilnahme an der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Potsdam.

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig begrüßte mehr als 400 Teilnehmerinnen und betonte zur Eröffnung der Bundeskonferenz die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort: „Sie sind das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen“, sagte Schwesig und versprach ihre politische Unterstützung. „Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte die Bundesministerin. „Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“

In ihrer Ansprache betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft zu ermöglichen und zu fördern.

Der Brandenburger Frauen- und Familienminister Günter Baaske forderte die Parteien auf, mehr Frauen für Kommunalwahlen und Landesregierungen aufzustellen. In der Region Hildesheim ist der

Frauenanteil in den Gremien mit einem Drittel deutlich höher als im Durchschnitt. Deutlich schlechter sieht es in Aufsichtsräten und Führungsetagen der kommunalen Töchterunternehmen aus. Auch da besteht dringender Handlungsbedarf.

Die Gleichstellungsbeauftragten aus Stadt und Landkreis Hildesheim positionieren sich eindeutig: „Eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer braucht Personal, Zeit und Geld. In Zukunft wird es Gleichstellungspolitik für beide Geschlechter geben. Dafür müssen ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen weiterhin Unterstützung in Politik und Verwaltung sowie Sanktionsmöglichkeiten, wenn das Gleichberechtigungsgesetz missachtet wird.“



Bundesministerin Manuela Schwesig eröffnete die Bundeskonferenz. Foto: Sarah Kleemann

55. Speyer Aktuell

- <http://speyer-aktuell.de/component/content/article/195-neue-meldungen/26885-fuer-positive-veraendern-in-der-chancengleichheit-speyerer-gleichstellungsbeauftragte-besuchen-bundeskonferenz-der-frauen-und-gleichstellungsbeauftragten-in-potsdam>
- *Aktuelles/Neue Meldungen, 3.2.2014, 10.24 Uhr*

Für positive Veränderungen in der Chancengleichheit

Speyerer Gleichstellungsbeauftragte besuchen Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Potsdam

Weitere positive Veränderungen für die Chancengleichheit von Frauen und Männern seien nötig,

denn Visionen und Wirklichkeit der Gleichberechtigung in dieser Gesellschaft klafften noch immer auseinander. Dieses Fazit zieht Gleichstellungsbeauftragte Inge Trageser-Glaser nach der Teilnahme an der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands.

Das Entstehen gesellschaftlicher Rollenbilder, das Zusammenwirken von Umständen, die zur Benachteiligung einzelner Menschen führen und das Nutzen neuer Medien für die Gleichstellungsdebatte waren einige der Themen auf der Konferenz. 420 Konferenzteilnehmerinnen, so viele wie nie zuvor, waren der Einladung der Bundesarbeitsgemeinschaft gefolgt. Viel Beifall erhielt Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig, die die Bedeutung der kommunalen Frauenbüros als Mitstreiterinnen für die Gleichstellungsziele in jeder einzelnen Gemeinde betonte.

Schwesig griff eine Reihe von Forderungen der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten auf, beispielsweise gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern, gerecht aufgeteilte Arbeit in Beruf und Familie, mehr Frauen in Führungspositionen und in den Kommunalparlamenten. Eine gerechtere Einstufung der Tätigkeiten von Frauen erwarten sich die Gleichstellungsbeauftragten von einem Entgeltgleichheitsgesetz, das die Einführung eines diskriminierungsfreien Bewertungssystems mit Frauenförderregelungen in den Tarifverträgen koppelt. Außerdem wiederholten die Teilnehmerinnen der Bundeskonferenz die Forderung nach einer gesicherten Finanzierung von Hilfen für Frauen, die von Gewalt betroffen sind. Diese Hilfesysteme sollen als staatliche Pflichtaufgabe finanziert werden, zum Beispiel in Form von Frauenhäusern, Notrufen und Beratungsstellen. *spa*

56. Kreis Coesfeld

- [http://www.kreis-coesfeld.de/index.php?id=159&tx_ttnews\[tt_news\]=2481&cHash=8142a45daf49d940ca5ca83ba71bbc04](http://www.kreis-coesfeld.de/index.php?id=159&tx_ttnews[tt_news]=2481&cHash=8142a45daf49d940ca5ca83ba71bbc04)
- 4.2.2014, Kreis Coesfeld

„Wirklichkeit und Visionen – Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit“

Beauftragte aus dem Kreis Coesfeld nahmen an Bundeskonferenz teil

„Wirklichkeit und Visionen – Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit“ – so war die 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Potsdam betitelt, an der über 400 Gleichstellungsbeauftragte aus dem ganzen Bundesgebiet teilnahmen. Aus dem Kreis Coesfeld waren vier kommunale Gleichstellungsbeauftragte dort: Sybille Henz von der Gemeinde Ascheberg, Susanne Espenhahn aus Senden, Carola König aus Nottuln und Heike Wichmann von der Kreisverwaltung Coesfeld. Sie informierten sich zu aktuellen Themen der Gleichstellungsarbeit und tauschten ihre Erfahrungen aus mit den Kolleginnen aus anderen Kreisen und Bundesländern.

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig betonte zur Eröffnung der Bundeskonferenz die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort: Diese sei das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen. Die Ministerin versprach ihre politische Unterstützung; Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle werde es nur durch die Gleichstellung von Männern und Frauen geben – und dafür müssten sich auch die Männer bewegen. Der Brandenburger Frauen- und Familienminister Günter Baaske berichtete kurz von der Gleichstellungspolitik in seinem Bundesland und forderte die Parteien auf, mehr Frauen für Kommunalwahlen und Landesregierungen aufzustellen.

Heike Wichmann knüpfte während der Konferenz Kontakte zur Gleichstellungsbeauftragten des Kreises Ostprignitz-Ruppin, Marlies Grunst. Beide Kreisverwaltungen sind seit langem freundschaftlich verbunden und haben einen regelmäßigen Austausch der Nachwuchskräfte in Ausbildung. Die jungen Menschen können so in ihrer Ausbildung zusätzlich

Erfahrung sammeln. Dieser Austausch sei sehr positiv für alle Seiten. Die beiden Gleichstellungsbeauftragten vereinbarten für die Zukunft einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch.

57. Wiesbaden Rathausnachrichten

- http://www.wiesbaden.de/medien/rathausnachrichten/PM_Zielseite.php?showpm=true&pmurl=http://www.wiesbaden.de/guiapplications/newsdesk/publications/Landeshauptstadt_Wiesbaden/141010100000180937.php
- Pressemitteilung, 5.2.2014

Wiesbadener Frauenbeauftragte ist Sprecherin der BAG

Auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros (BAG), die vom 26. bis 28. Januar unter Beteiligung der neuen Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, in Potsdam stattfand, wurde die kommunale Frauenbeauftragte der Landeshauptstadt Wiesbaden, Saskia Veit-Prang, zur neuen Sprecherin des Gremiums gewählt.

Veit-Prang, die mit 90 Prozent der Stimmen gewählt wurde, löst Roswitha Bocklage von der „Gleichstellungsstelle für Frau und Mann der Stadt Wuppertal“ ab, die diese Position seit 2006 innehatte.

„Ich freue mich sehr, dass nach Margot Brunner, die von 1986 bis 1989 als eine der bundesweit ersten kommunalen Frauenbeauftragten Sprecherin der BAG war, wieder eine Wiesbadener Frauenbeauftragte dieses Gremium vertritt“, so Oberbürgermeister Sven Gerich.

Die BAG ist ein professionelles Netzwerk der institutionalisierten Frauenbewegung in Deutschland. In der Bundesarbeitsgemeinschaft haben sich hauptamtliche kommunale Frauenbeauftragte und Gleichstellungsbeauftragte zusammengeschlossen, um die Interessen von Frauen auf Bundesebene zu vertreten und ein bundesweites Forum für frauenpolitische Diskussionen zu schaffen. Das Gremium dient auch dem Erfahrungsaustausch, dem Informationsfluss

und der Klärung von Fragen des eigenen Berufsstandes.

„Die BAG bündelt frauenpolitische Fachkompetenz und regionale Initiativen, sie vermittelt Wissen und Kontakte. Sie gibt politische Impulse an die Bundespolitik und nimmt ihrerseits bundespolitische Impulse auf und trägt sie in die Kommunen. Das Netzwerk der BAG steht im Dialog mit Verbänden, Institutionen, Parteien, NGOs und relevanten gesellschaftlichen Gruppen sowie der Bundesregierung. Es umfasst rund 1600 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte in Deutschland“, erläutert Veit-Prang.

Die BAG wird durch die jeweilige Bundessprecherin öffentlich vertreten. Die Bundessprecherinnen werden auf den Bundeskonferenzen für jeweils drei Jahre in einer Persönlichkeitswahl gewählt. Sie können für drei weitere Jahre wiedergewählt werden. Sie vertreten die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten auf Bundesebene, nehmen zu aktuellen Fragen und Ereignissen aus frauenpolitischer Sicht Stellung, halten Kontakt zu bundesweiten Verbänden, Institutionen und Parteien und bringen frauenpolitische Aspekte in deren Arbeit ein.

58. Hessen Tageblatt

- <http://www.hessen-tageblatt.com/wiesbaden-wiesbadener-frauenbeauftragte-ist-sprecherin-der-bag-94647>
- 5.2.2014, 11.48 Uhr
- Herausgeber: Pressereferat der Landeshauptstadt Wiesbaden, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden
- See more at: <http://www.hessen-tageblatt.com/wiesbaden-wiesbadener-frauenbeauftragte-ist-sprecherin-der-bag-94647#sthash.bo929A4l.dpuf>

Wiesbadener Frauenbeauftragte ist Sprecherin der BAG

Wiesbaden (HE) – Auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros (BAG), die vom 26. bis 28. Januar unter Beteiligung der neuen Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, in

Potsdam stattfand, wurde die kommunale Frauenbeauftragte der Landeshauptstadt Wiesbaden, Saskia Veit-Prang, zur neuen Sprecherin des Gremiums gewählt.

Veit-Prang, die mit 90 Prozent der Stimmen gewählt wurde, löst Roswitha Bocklage von der „Gleichstellungsstelle für Frau und Mann der Stadt Wuppertal“ ab, die diese Position seit 2006 innehatte.

„Ich freue mich sehr, dass nach Margot Brunner, die von 1986 bis 1989 als eine der bundesweit ersten kommunalen Frauenbeauftragten Sprecherin der BAG war, wieder eine Wiesbadener Frauenbeauftragte dieses Gremium vertritt“, so Oberbürgermeister Sven Gerich.

Die BAG ist ein professionelles Netzwerk der institutionalisierten Frauenbewegung in Deutschland. In der Bundesarbeitsgemeinschaft haben sich hauptamtliche kommunale Frauenbeauftragte und Gleichstellungsbeauftragte zusammengeschlossen, um die Interessen von Frauen auf Bundesebene zu vertreten und ein bundesweites Forum für frauenpolitische Diskussionen zu schaffen. Das Gremium dient auch dem Erfahrungsaustausch, dem Informationsfluss und der Klärung von Fragen des eigenen Berufsstandes.

„Die BAG bündelt frauenpolitische Fachkompetenz und regionale Initiativen, sie vermittelt Wissen und Kontakte. Sie gibt politische Impulse an die Bundespolitik und nimmt ihrerseits bundespolitische Impulse auf und trägt sie in die Kommunen.

Das Netzwerk der BAG steht im Dialog mit Verbänden, Institutionen, Parteien, NGOs und relevanten gesellschaftlichen Gruppen sowie der Bundesregierung. Es umfasst rund 1600 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte in Deutschland“, erläutert Veit-Prang.

Die BAG wird durch die jeweilige Bundessprecherin öffentlich vertreten. Die Bundessprecherinnen werden auf den Bundeskonferenzen für jeweils drei Jahre in einer Persönlichkeitswahl gewählt. Sie können für drei weitere Jahre wiedergewählt werden.

Sie vertreten die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten auf Bundesebene, nehmen zu aktuellen Fragen und Ereignissen aus frauenpolitischer Sicht Stellung, halten Kontakt zu bundesweiten Verbänden, Institutionen und Parteien und bringen frauenpolitische Aspekte in deren Arbeit ein.

59. Landkreis Vechta

- <http://www.landkreis-vechta.de/nc/buerger-service/aktuelles/einzelsicht/news/22-bundeskonferenz-der-kommunalen-gleichstellungsbeauftragten.html?type=123>

22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Vechta Ruth Voet

Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros veranstaltete kürzlich die 22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Potsdam. Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Manuela Schwesig und über 400 Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland, unter anderem auch Ruth Voet, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Vechta, nahmen an der Veranstaltung teil.

Unter dem Titel „Wirklichkeit und Visionen“ wurde über Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik diskutiert. Themen waren u. a. die gesetzliche Regelung zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen, Maßnahmen zur Reduzierung der Entgeltlücke sowie die Verbesserung von Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Ministerin betonte, dass für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik neben den Reformen auf Bundesebene eine kontinuierliche Arbeit vor Ort wichtig sei.

60. Nordwest Zeitung NWZ online

- http://www.nwzonline.de/vechta-kreis/wirklichkeit-und-vision-in-der-gleichstellung_a_12,5,2797966056.html
- 5.2.2014

Wirklichkeit und Vision in der Gleichstellung Voet bei 22. Bundeskonferenz

Potsdam/Kreis Vechta – Mit 400 Teilnehmerinnen aus ganz Deutschland hat Ruth Voet, Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Vechta, an der 22. Bundeskonferenz kommunaler Gleichstellungsbeauftragter in Potsdam teilgenommen. Veranstalter des Treffens unter dem Motto „Wirklichkeit und Visionen“ war die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros.

Im Mittelpunkt der Diskussionen und Referate standen Strategien einer erfolgreichen Gleichstellungspolitik. Zu den Sachthemen gehörten etwa die gesetzliche Regelung zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen, Maßnahmen zur Reduzierung der Entgeltlücke sowie Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dazu betonte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD), dass für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik neben Reformen auf Bundesebene eine kontinuierliche Arbeit vor Ort wichtig sei.

61. Wiehl.de

- <http://www.wiehl.de/aktuelles/neuigkeiten/nachrichten/3946-wirklichkeit-und-visionen-strategien.html>
- 4.2.2014

Wirklichkeit und Visionen: Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit

„Die Zeit ist reif für Veränderung!“ – Dieses Fazit zieht die Wiehler Gleichstellungsbeauftragte Bettina Loidl nach der Teilnahme an der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Potsdam.

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig betonte zur Eröffnung der Bundeskonferenz die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort: Sie sind das Fun-

dament für die Gleichberechtigung in den Kommunen, sagte Schwesig und versprach ihre politische Unterstützung. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle werde es nur durch die Gleichstellung von Männern und Frauen geben – und dafür müssten sich auch die Männer bewegen.

Der Brandenburger Frauen- und Familienminister Günter Baaske forderte die Parteien auf, mehr Frauen für Kommunalwahlen und Landesregierungen aufzustellen. Noch schlechter sieht es in Aufsichtsräten und Führungsetagen aus. Auch da besteht dringender Handlungsbedarf. Eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer braucht Personal, Zeit und Geld. In Zukunft wird es Gleichstellungspolitik für beide Geschlechter geben. Dafür müssen ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen dringend mehr Unterstützung in Politik und Rat und Sanktionsmöglichkeiten, wenn das Gleichstellungsgesetz missachtet wird.

Die 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fordert:

1. Um durchgängig alle Führungsebenen gleichermaßen mit qualifizierten Frauen wie Männern zu besetzen, braucht es eine umfassende Quotierungsregelung.
2. Ein Entgeltgleichheitsgesetz, das die Einführung eines diskriminierungsfreien Bewertungssystems mit Frauenförderregelungen in den Tarifverträgen koppelt. Wir fordern die Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse.
3. Wir wollen ein geschlechtergerechtes Steuersystem und damit Steuergerechtigkeit für alle.
4. Hilfesysteme für von Gewalt betroffene Frauen sollen als staatliche Pflichtaufgabe finanziert werden, z. B. Frauenhäuser, Notrufe und Beratungsstellen.
5. Die Kommune ist die Wiege der Demokratie. Die BAG fordert daher die Einführung paritätisch besetzter Wahlvorschlagslisten.
6. Gleichbehandlung in der Sprache soll in allen Gesetzestexten, Ausführungsbestimmungen, Verordnungen und Veröffentlichungen der Bundesregierung umgesetzt werden. Nur wer genannt ist, ist auch gemeint.

Frauen- oder Gleichstellungspolitik – die Wirklichkeit:

- 6 von 16 Ministern der neuen Bundesregierung sind Frauen. (Bundestag, Homepage 2014)
- 11,1 Prozent in Vorständen und Aufsichtsräten der wichtigsten 160 börsennotierten Unternehmen sind Frauen. (Women-on-Board-Index von FidAR und BMFSFJ 2013)
- 5,9 Prozent Frauen sind in Spitzenpositionen der Wirtschaft zu finden. (Women-on-Board-Index von FidAR und BMFSFJ 2013).
- 19,2 Prozent der Hochschul-Professuren sind mit Frauen besetzt. (Atlas zur Gleichstellung, BMFSFJ, 2013)
- 18 Prozent der Chefredakteurinnen und Chefredakteure im Fernsehen sind Frauen. (Website Pro Quote, 2013)
- 2 Prozent haben es als Chefredakteurinnen bei Zeitungen geschafft. (Website Pro Quote, 2013)
- 32,3 Prozent Frauen haben es in die Landesparlamente geschafft. (Atlas zur Gleichstellung, BMFSFJ, 2013)
- 26,1 Prozent Frauen sitzen in Kommunalparlamenten. (Atlas zur Gleichstellung, BMFSFJ, 2013)
- 14 Prozent Frauen stehen als Oberbürgermeisterin einer deutschen Großstadt ab 100.000 Einwohner/innen vor. (Gender Ranking Deutscher Großstädte, Heinrich-Böll-Stiftung 2013)
- 45,3 Prozent Frauen und knapp 10 Prozent Männer arbeiten in Teilzeit. (Eurostat, Zahlen von 2009 in Gleichstellung in der Arbeitsmarktpolitik / im ESF, aktuelle Homepage)
- 60 Prozent weniger Rente erhalten Frauen nach ihrem Arbeitsleben als Männer, 63,5 Prozent erhalten weniger als 650 Euro Rente. (Studie Gender Pension Gap, BMFSFJ, 2011)
- Frauen verdienen 22 Prozent weniger verdienen als Männer. (Statistisches Bundesamt 2012)
- Jede 4. Frau wird Opfer von Gewalt in der Partnerschaft. (BMFSFJ, Gewalt gegen Frauen in Partnerschaften, 2012)
- 20 Minuten verbringen Väter mit ihren Kindern am Tag. (BMFSFJ, Neue Wege – Gleiche Chancen, Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf, Erster Gleichstellungsbericht, Anhang Tabelle 5.3 ff, 2011)

- 62 Minuten verbringen Mütter mit ihren Kindern am Tag. (BMFSFJ, Neue Wege – Gleiche Chancen, Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf, Erster Gleichstellungsbericht, Anhang Tabelle 5.3 ff, 2011)

62. Nordwestmecklenburg.de

- <http://www.nordwestmecklenburg.de/buerger/verwaltung/kreisverwaltung/gleichstellungsbeauftragte/>

Gleichbehandlung beginnt im Kopf!

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frau und Mann und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ (Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz)

Jeder Landkreis bestellt für die Wahrnehmung dieser staatlichen Aufgabe eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte.

Die Gleichstellungsbeauftragte ist Teil der Kreisverwaltung.

Vom 26. bis 28. Januar 2014 fand in Potsdam die 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten statt. Die Ergebnisse der Konferenz finden Sie unter www.frauenbeauftragte.de.

63. Kaarst.de

- <http://www.kaarst.de/C12578F60041370F/html/972CCA59C80DFD58C-1257C74003B3EE7?opendocument>
- Aktuelle Pressemitteilungen

„Wirklichkeit und Visionen“

„Wirklichkeit und Visionen – Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit“, so lautete der Titel unter der die 22. Bundeskonferenz kommunaler Gleichstellungsbeauftragter in Potsdam ausgerichtet wurde. Unter den mehr als 400 Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten aus der gesamten Bundesrepublik war auch die Kaarster Gleichstellungsbeauftragte Herta Peters.

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig betonte zur Eröffnung der Bundeskonferenz die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort als das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen und versprach ihre politische Unterstützung. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle werde es nur durch die Gleichstellung von Männern und Frauen geben – und dafür müssten sich auch die Männer bewegen.

Weiterhin sagte die Ministerin zu, sich dafür einzusetzen, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten erhalten. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – dies müsse Wirklichkeit werden, genauso wie der Anteil der Frauen in Führungspositionen erhöht werden müsse – um hier nur einen kleinen Ausschnitt ihrer Eckpunkte zu benennen.

Der Brandenburger Frauen- und Familienminister Günter Baaske sprach sich für mehr Frauen bei den Kommunalwahlen und bei den Landesregierungen aus und betonte, dass in den Aufsichtsräten und in den Führungsetagen ebenfalls dringender Handlungsbedarf bestünde.

Eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer braucht Personal, Zeit und Geld. In Zukunft wird es Gleichstellungspolitik für beide Geschlechter geben. Dafür müssen ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden.

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen dringend mehr Unterstützung in Politik und Rat sowie Sanktionsmöglichkeiten, wenn das Gleichstellungsgesetz missachtet wird.

In den verschiedenen Foren wurden Themen der Gleichstellungsarbeit, wie die veränderten Rahmenbedingungen, erweiterte Themenfelder, neue BündnispartnerInnen, die spannende Welt der „Social Media“ und vieles andere angesprochen, analysiert und gemeinsam erörtert. Ergebnisse der Konferenz wurden gebündelt und zu Forderungen zusammengefasst.

Ein Entgeltgleichheitsgesetz, das die Einführung eines diskriminierungsfreien Bewertungssystems mit

Frauenförderregelungen in den Tarifverträgen koppelt, die Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse und ein Hilfesystem für von Gewalt betroffene Frauen waren nur einige Forderungen mit der die 22. Bundeskonferenz zu Ende ging.

64. Diekholzen.de

- <http://www.diekholzen.de/index.phtml?object=txl1886.11&ModID=7&FID=1905.1322.1&sNavID=1886.64&mNavID=1886.7&NavID=1886.64&La=1>

Wirklichkeit und Visionen – Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit (LKH1 14-01) 22. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Potsdam

Die Zeit ist reif für Veränderung! Dieses Fazit ziehen die Gleichstellungsbeauftragten Ursula Geiger aus Bad Salzdetfurth, Angela Geweke vom Landkreis Hildesheim und Karin Jahns aus der Stadt Hildesheim nach der Teilnahme an der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Potsdam.

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig begrüßte mehr als 400 Teilnehmerinnen und betonte zur Eröffnung der Bundeskonferenz die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort: „Sie sind das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen“, sagte Schwesig und versprach ihre politische Unterstützung. „Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte die Bundesministerin. „Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“

In ihrer Ansprache betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in

der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft zu ermöglichen und zu fördern.

Der Brandenburger Frauen- und Familienminister Günter Baaske forderte die Parteien auf, mehr Frauen für Kommunalwahlen und Landesregierungen aufzustellen. In der Region Hildesheim ist der Frauenanteil in den Gremien mit einem Drittel deutlich höher als im Durchschnitt. Deutlich schlechter sieht es in Aufsichtsräten und Führungsetagen der kommunalen Töchterunternehmen aus. Auch da besteht dringender Handlungsbedarf.

Die Gleichstellungsbeauftragten aus Stadt und Landkreis Hildesheim positionieren sich eindeutig: „Eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer braucht Personal, Zeit und Geld. In Zukunft wird es Gleichstellungspolitik für beide Geschlechter geben. Dafür müssen ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen weiterhin Unterstützung in Politik und Verwaltung sowie Sanktionsmöglichkeiten, wenn das Gleichberechtigungsgesetz missachtet wird.“



Bundesministerin Manuela Schwesig eröffnete die Bundeskonferenz. Foto: Sarah Kleemann

65. Preussenspiegel online

- <http://www.preussenspiegel-online.de/nachrichten/potsdam-werder/artikel/283.html>

9.1.2014 – Potsdamer Gleichstellungsbeauftragte zur Bundessprecherin gewählt. 29.1.2014 ... Mehr Frauen will Martina Trauth-Koschnick in die Kommunalpolitik bringen. ... wurde bei der Mitgliederversammlung einer Bundeskonferenz zur ...

66. Falkensee.de

- <http://www.falkensee.de/texte/seite.php?id=179693>

Bundeskonzferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Potsdam



Foto: Barbara Thieme

Die Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte Manuela Dörnenburg (5.v.r.) nahm für die Stadt Falkensee an der Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Potsdam teil. Insgesamt trafen sich 24 der 27 hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten der Städte und Kommunen Brandenburgs auf der Konferenz, um gemeinsam mit den Beauftragen aus anderen Kommunen und Bundesländern Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit zu erarbeiten. Mit dabei waren auch der Minister für Arbeit, Soziales und Frauen Günther Baaske und die Landesgleichstellungsbeauftragte Sabine Hübner (3.v.l.). Besonders freut es die Brandenburger Gleichstellungsbeauftragten, dass sie die nächsten 1 ½ Jahre durch die Potsdamer Kollegin Martina Trauth-Koschnik (4.v.r.) im Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen vertreten sind.

Mehr als 400 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus dem ganzen Bundesgebiet tagten zwei Tage lang. Unter dem Motto „Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit“ stellten die Teilnehmerinnen gemeinsam mit der neuen Frauenministerin Manuela Schwesig fest, dass nicht die Frauenquote interessiert, sondern die 98prozentige Männerquote. Zwei Tage lang diskutierten die ExpertInnen im Kongresshotel Potsdam in unter-

schiedlichen Foren unter anderem darüber, wie Visionen zu Wirklichkeiten werden können. Die Themen der Foren waren vielfältig und gingen von Gleichstellungspolitik im ländlichen Raum über Gleichstellungsmarketing bis hin bis hin zur Nutzung der neuen Medien gegen den alltäglichen Sexismus und Diversity.

Die Bundeskonferenz findet alle zwei Jahre statt und will gemeinsame Positionen, künftige Arbeitsschwerpunkte und Forderungen in der Gleichstellungspolitik formulieren. Sie ist außerdem eine Plattform zur Vernetzung mit Experten und Expertinnen aus Gesellschaft, Wissenschaft, Politik und Medien.

67. Lokalkompass Schwerte

- <http://www.lokalkompass.de/schwerte/politik/wirklichkeit-und-visionen-d394283.html>



Die Gleichstellungsbeauftragten im Kreis Unna bei der Bundeskonferenz. Foto: Birgit Wippermann

Wirklichkeit und Visionen

22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit.

Unsere Gleichstellungsbeauftragten des Kreises Unna haben daran teilgenommen.

Für Schwerte war unsere Gleichstellungsbeauftragte, Birgit Wippermann, in Potsdam.

In dem Anschreiben der Sprecherinnen der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen hieß es u. a.....um die Gleich-

stellungsarbeit der letzten Jahrzehnte erfolgreich fortzuführen, muss sie sich ständig neuen Anforderungen stellen und weiterentwickeln.

Auf dem Weg hin zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft gilt es, veränderte Themen aufzugreifen, engagierte Positionen zu entwickeln um sie dann in der institutionellen Gleichstellungspolitik auf kommunaler Ebene umzusetzen.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern zu befördern, ist ein lebendiger Prozess, bei dem wir in unseren Kommunen als Expertinnen gefragt sind.

Veränderte Rahmenbedingungen, erweiterte Themenfelder, neue BündnispartnerInnen, die spannende Welt der „Social Media“ (Social Media = Soziale Medien bezeichnen digitale Medien und Technologien, die es Nutzern ermöglichen, sich untereinander auszutauschen und mediale Inhalte einzeln oder in Gemeinschaft zu erstellen) und vieles andere mehr stellen kommunale Frauen und Gleichstellungsbeauftragte vor immer neue Herausforderungen.

Auf dieser 22. Bundeskonferenz werden wir näher bestimmen, wie wir diese Veränderungen für uns und unsere Arbeit nutzen wollen und wie es gelingen kann, erfolgreiche Vernetzungsstrukturen aufzubauen.

Gleichzeitig werden wir kritisch hinterfragen, auf welche Weise das Image der Gleichstellungspolitik und das unserer Arbeit gezielt zu verbessern ist und wie wir eine stärkere mediale Präsenz dafür erreichen können.

Wir möchten auf der Bundeskonferenz über Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik diskutieren und – ausgehend von der jetzigen Wirklichkeit – gemeinsam Visionen für eine konsistente Gleichstellungspolitik entwickeln.

Vision:

- Kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte haben einen ganzen Stab von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und einen Etat von mehreren Hunderttausend Euro.

- Die politischen Vertreterinnen und Vertreter haben erkannt, dass es sich lohnt in Gleichstellungspolitik zu investieren.
- Bei allen planerischen Entscheidungen werden sie gefragt, kein Platz wird gebaut, keine Straße benannt, keine Personalentscheidung getroffen, ohne dass die Gleichstellungsbeauftragte beteiligt wird.
- Sie genießt ein ähnlich hohes Ansehen wie ein Dezernent oder eine Oberbürgermeisterin.
- Falls sich doch eine Kommune traut, ihrer Gleichstellungspolitik keinen angemessenen Raum zu geben, greifen Landesbehörden konsequent ein.

Wirklichkeit:

Gleichstellungsbeauftragte

- haben oft zu wenig Personal und Budget.
- haben oftmals zu wenig Zeit, weil viele in Teilzeit arbeiten.
- erhalten viel Anerkennung durch die Bevölkerung und durch die Fraueninfrastruktur aber häufig ungenügend Anerkennung durch die Politik und den Rat.
- erfüllen hohe Anforderungen und haben vielfältige Arbeitsgebiete.
- verfügen oftmals über ein (Fach)hochschulstudium und eine lange Berufserfahrung.
- werden dafür vergleichsweise schlecht bezahlt. sind eine wichtige Anlaufstelle für die Verwaltung und die Bevölkerung.
- agieren überwiegend sowohl intern im Rahmen der Personalpolitik als auch extern im Rahmen von Gender Mainstreaming (bedeutet, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern bei allen Entscheidungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu berücksichtigen, um so die Gleichstellung der Geschlechter durchzusetzen).
- bearbeiten oftmals innovative Themenfelder und tragen damit zur Qualitätsverbesserung der kommunalen Strukturen und Dienstleistungen bei.
- haben keine Sanktionsmöglichkeiten, wenn z. B. das Landesgleichstellungsgesetz nicht beachtet wird.

Wünsche:

Gleichstellungsbeauftragte wünschen sich:

- eine professionelle, mit Frauen und Männern besetzte Gleichstellungsarbeit.
- eine volle hauptamtliche Stelle je 10.000 Einwohner/innen.
- einen direkten Kontakt zur Verwaltungsspitze
- eine angemessene Bezahlung.
- Sanktions- oder Boni-Systeme für die Umsetzung der Regelungen aus den Landesgleichstellungsgesetzen.
- Veränderungen der Landesgleichstellungsgesetze, damit sie wirksam dazu beitragen, die Gleichberechtigung in der Kommune voran zu bringen.
- klare Vorgaben zur Quotierung von Aufsichtsgremien und Führungspositionen für Aufsichtsräte kommunaler Unternehmen.

Die 22. Bundeskonferenz hat folgende Anträge beschlossen:

- Steuerrecht ändern: Die Besteuerung ist ungerecht, weil nicht geschlechtergerecht und geht auf Kosten von Frauen.
- Paritätische Besetzung von Gremien: muss in Landesgesetzen verankert und Verstöße mit Sanktionen belegt werden.
- Körperverletzung bei häuslicher Gewalt muss als Offizialdelikt gewertet und entsprechend bestraft werden.
- Es müssen Auflagen beim Umgangsrecht von Tätern gegenüber Kindern bei häuslicher Gewalt erfolgen.
- Bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz sollen höhere Strafen verhängt werden.

Die 22. Bundeskonferenz hat gezeigt...

- ... mit über 400 Gleichgesinnten zusammen an frauenpolitischen Themen zu arbeiten hat Freude gemacht und gibt einen unglaublichen Motivationsschub für die Arbeit vor Ort.
- Frauenpolitik ist ein zähes Geschäft und „FRAU“ braucht viel Energie dazu.
- Es ist auf der bundespolitischen Ebene schon viel erreicht worden, aber wir sind noch lange nicht am Ziel und wünschen uns kürzere Wege in der

Verwaltung und schnellere Umsetzung unserer Belange.



Foto: Barbara Thieme

68. Nordwestzeitung – NWZ

- http://www.nwzonline.de/delmenhorst/kompass-soll-ministerin-den-kurs-zeigen_a_12,5,2755585026.html
- Autor: Maximilian Müller

Frauenpolitik**Kompass soll Ministerin den Kurs zeigen****Gleichstellungsbeauftragte Petra Borrmann auf Konferenz – 420 Teilnehmer in Potsdam**

Die Bundeskonferenz stellte einige Forderungen an die Politik. Auch in Delmenhorst gibt es noch viel zu tun.

„Die Zeit ist reif für Veränderung!“ – dieses Fazit zogen 420 Gleichstellungsbeauftragte aus allen Bundesländern auf der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Potsdam. Mit dabei war auch die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Delmenhorst, Petra Borrmann. Sie ist eine von elf Sprecherinnen der Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros, die etwa 1600 Gleichstellungsbeauftragte auf Bundesebene vertritt.

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) betonte zur Eröffnung der Konferenz die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort: Gleichstellungsbeauftragte seien das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen, sagte Schwesig und versprach ihre politische Unterstützung. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle werde es nur durch die Gleichstellung von Männern und Frauen geben – und dafür müssten sich auch die Männer bewegen.

Die 22. Bundeskonferenz forderte eine Quote, um alle Führungsebenen gleichermaßen mit qualifizierten Frauen wie Männern zu besetzen. Zweitens wurde ein Entgeltgleichheitsgesetz gefordert, das die Einführung eines diskriminierungsfreien Bewertungssystems mit Frauenförderregelungen in den Tarifverträgen koppelt. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sollten abgeschafft werden. Auch gegen das Betreuungsgeld und das Ehegattensplitting sprach sich die Konferenz aus. Zudem sollten Frauenhäuser und Beratungsstellen für Frauen, die von Gewalt betroffen sind, vom Staat finanziert werden.

Außerdem sollten die Wahlvorschlagslisten bei Kommunalwahlen paritätisch mit Männern und Frauen besetzt werden. 13 von 43 Ratsmitgliedern in Delmenhorst sind derzeit Frauen, fast 30 Prozent. „Das ist zwar noch immer nicht viel, aber mehr als in vielen anderen Gemeinden“, sagte Petra Borrman. Allerdings sei in der Stadtverwaltung nur jede vierte Führungsposition mit einer Frau besetzt, bei den städtischen Tochtergesellschaften sehe es nicht besser aus. Zwar gebe es das Gleichberechtigungsgesetz in Niedersachsen, doch es hapere an der Umsetzung.

Mit einem Frauenhaus sei Delmenhorst sehr gut ausgestattet, allerdings fehle eine Beratungsstelle für Männer, die zu Gewalt in der Beziehung neigen, bemängelte Petra Borrman. Andere Kommunen nutzten diese Art der Prävention bereits.

Die Gleichstellungsbeauftragte übergab der Bundesministerin bei der Konferenz einen Kompass. „Wir wollten ihr damit sagen, dass sie auf Kurs bleiben soll“, erläuterte Petra Borrman. Schwesig hatte angekündigt, in ihrer Amtszeit einen Schwerpunkt auf die Frauen- und Gleichstellungspolitik zu legen.

69. Kle-point

- http://www.kle-point.de/aktuell/neuigkeiten/eintrag.php?eintrag_id=113081
- Aktuell > Neuigkeiten-Ticker, Bereich: > Politik
- 7.2.2014, 16.39 Uhr
- Autor: Arbeitskreis der Gleichstellungsbeauftragten im Kreis Kleve



Foto: Arbeitskreis der Gleichstellungsbeauftragten im Kreis Kleve

Gleichstellungsbeauftragte aus dem Kreis Kleve trafen Familienministerin Manuela Schwesig auf der Bundesgleichstellungsbeauftragtenkonferenz in Potsdam. Foto von links nach rechts: Elisabeth Schnieders (Emmerich), Sonja Liptow (Geldern), Yvonne Tertilt Rübo (Kleve), Heike Wichmann (Kreis Coesfeld), Manuela Schwesig, Familienministerin.

22. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und – Gleichstellungsstellen, Potsdam den 26.-28.1.2014

Potsdam – Voller Erfolg: die bisher größte Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands. Die Zeit ist reif für Veränderung: Visionen, viele Ideen und klare Forderungen.

Klarer Verfassungsbruch: Frauen sind die Hälfte der Bevölkerung. Wenn sie nicht entsprechend in Kommunalparlamenten, Führungspositionen und allen Entscheidungsebenen der Gesellschaft vertreten sind, widerspricht das dem Grundgesetz.

In Potsdam ist der Bundeskongress der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands zu Ende

gegangen. Die Zeit ist reif für Veränderung, so das Fazit der Teilnehmerinnen.

54 Prozent der Frauen in Deutschland finden, dass die Gleichberechtigung noch nicht erreicht ist, das hat eine repräsentative Studie des Institutes Allensbach ergeben. Nur durch das Engagement von Männern und Frauen, Politik, Verwaltungen, Unternehmen und Medien kann erreicht werden, dass die Hälfte der Gesellschaft endlich die gleichen Chancen bekommt. Es wird höchste Zeit: immerhin leben wir im 21. Jahrhundert! Eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer braucht Personal, Zeit und Geld. In Zukunft wird es Gleichstellungspolitik für beide Geschlechter geben. Dafür müssen ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden.

Die Ministerin betonte, „dass für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik nicht nur Reformen auf Bundesebene notwendig seien, sondern auch eine kontinuierliche Arbeit vor Ort. Schwesig dankte den Anwesenden für ihr Engagement und erklärte, dass die Gleichstellungsarbeit unverzichtbar für die örtlichen Strukturen sei und bleiben müsse.“

70. Wallstreet-online

- <http://www.wallstreet-online.de/nachricht/6531609-swesig-gleichstellung-schwerpunkt-politik>
- *Nachrichtenagentur: Redaktion dts*
- 27.1.2014, 20.13 Uhr, 177 Aufrufe

Swesig will Gleichstellung zu Schwerpunkt ihrer Politik machen

Potsdam (dts Nachrichtenagentur) – Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will die Gleichstellung von Männern und Frauen zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen. Das kündigte die SPD-Politikerin am Montag auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros in Potsdam an. „Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte Schwesig.

„Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher

Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“ Zugleich betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern, so die Familienministerin.

71. Stadt Dresden

- http://www.dresden.de/de/03/040/c_015.php
- 4.2.2014

Wirklichkeit und Visionen – Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit!

Aktuelle Infos der Gleichstellungsbeauftragten

„Die Zeit ist reif für Veränderung!“ – Dieses Fazit zieht die Gleichstellungsbeauftragte Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah nach der Teilnahme an der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Potsdam.

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig betonte zur Eröffnung der Bundeskonferenz die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort: Sie sind das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen, sagte Schwesig und versprach ihre politische Unterstützung. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle werde es nur durch die Gleichstellung von Männern und Frauen geben – und dafür müssten sich auch die Männer bewegen.

Der Brandenburger Frauen- und Familienminister Günter Baaske forderte die Parteien auf, mehr Frauen für die Kommunalwahlen und Landesregierungen aufzustellen. Dieser Forderung schließt sich die Dresdner Gleichstellungsbeauftragte an, da in Dresden lediglich 24 Frauen (von 70) im Rat vertreten sind. Noch schlechter sieht es in Aufsichtsräten und Führungsetagen der städtischen Tochterunternehmen aus. Auch da besteht dringender Handlungsbedarf.

72. Kölner Stadtanzeiger

- <http://www.ksta.de/erftstadt/gleichstellungsbeauftragte-in-erftstadt--frauen-in-spitzenpositionen-unterrepraesentiert-,15189182,26185088.html>
- 13.2.2014
- Autor: Horst Komuth

Gleichstellungsbeauftragte in Erftstadt „Frauen in Spitzenpositionen unterrepräsentiert“

Mehr Frauen in der Kommunalpolitik und in Führungspositionen der Stadtverwaltung fordert die Gleichstellungsbeauftragte Edith Abel-Huhn.

Die Erftstädter Gleichstellungsbeauftragte Edith Abel-Huhn ist von der Bundeskonferenz in Potsdam zurückgekehrt. Ihr Fazit: „Die Zeit ist reif für Veränderung!“ An mehreren Stellen sieht Abel-Huhn dringenden Handlungsbedarf.

„Die Zeit ist reif für Veränderung“ lautet das Fazit, das die Erftstädter Gleichstellungsbeauftragte Edith Abel-Huhn nach der Teilnahme an der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Potsdam zieht. Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig habe die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort betont.

Abel-Huhn schließt sich der Forderung des Brandenburger Frauen- und Familienministers Günter Baaske an, dass die Parteien mehr Frauen für Kommunalwahlen und Landesregierungen aufstellen sollten. In Erftstadt seien lediglich 13 weibliche Stadtverordnete gegenüber 38 männlichen im Rat. Überdies seien Frauen in den Spitzenpositionen von Politik und Verwaltung in der Funktion als Dezernentin, Bürgermeisterin oder Amtsleitung noch weitgehend unterrepräsentiert. Auch da bestehe dringender Handlungsbedarf.

Unterstützung gefordert

Mit Monika Hallstein stehe künftig in Erftstadt zum ersten Mal eine Frau einem Dezernat vor, nämlich dem technischen. Eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer brauche Personal, Zeit und Geld.

Dafür müssten ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauche dringend mehr Unterstützung in Politik und Rat und Sanktionsmöglichkeiten, wenn das Gleichstellungsgesetz missachtet werde. Die Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten habe unter anderem gefordert, durchgängig alle Führungsebenen gleichermaßen mit qualifizierten Frauen wie Männern zu besetzen. Dafür bedürfe es einer umfassenden Quotierungsregelung.

73. LAG Niedersachsen

- http://www.frauenbuerosinniedersachsen.de/index.cfm?uuid=3DA35F8A72BF44B5825B-2025868F8C1F&and_uuid=26D79BAF025508620619B80333625C17

22. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Potsdam

„Sie sind das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen.“ Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig betonte zur Eröffnung der Bundeskonferenz die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort und versprach ihre politische Unterstützung. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle werde es nur durch die Gleichstellung von Männern und Frauen geben – und dafür müssten sich auch die Männer bewegen, betonte die Ministerin.

Die Zeit ist reif für Veränderung! Das ist das Fazit der 22. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Potsdam. Unter dem Titel „Wirklichkeiten und Visionen, Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit“ trafen sich über 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus dem gesamten Bundegebiet vom 26. bis 28. Januar in Potsdam.

„Erfolgreiche Gleichstellungsarbeit erfordert, sich ständig neuen Anforderungen zu stellen“, so der Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros in Niedersachsen. Auf dem Weg hin zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft gilt es, neue Themen aufzugreifen, engagierte Positionen zu entwickeln und in der institutionellen Gleichstellungspolitik auf kommunaler Ebene umzusetzen.

Für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer müssen ausreichend Ressourcen – Personal, Zeit und Geld – bereitgestellt werden.

Die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten forderten auf der 22. Bundeskonferenz:

- eine umfassende Quotierungsregelung, um alle Führungsebenen gleichermaßen mit qualifizierten Frauen und Männern zu besetzen
- ein Entgeltgleichheitsgesetz, das die Einführung eines diskriminierungsfreien Bewertungssystems mit Frauenförderregelungen in den Tarifverträgen koppelt sowie die Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse
- die Abschaffung von Betreuungsgeld und Ehegattensplitting
- ein geschlechtergerechtes Steuersystem – diese Forderung hatte die LAG Niedersachsen eingebracht
- die Finanzierung der Hilfesysteme für von Gewalt betroffene Frauen, z. B. Frauenhäuser, Notrufe und Beratungsstellen, als staatliche Pflichtaufgabe
- die Einführung paritätisch besetzter Wahlvorschlagslisten in allen Kommunalvertretungen sowie
- Gendergerechtigkeit in der Sprache.

Bei der Neuwahl der Bundessprecherinnen wurde mit Susanne Löb, Landkreis Wolfenbüttel, eine weitere Niedersächslerin berufen. Nunmehr sind die Niedersächsischen Gleichstellungsbeauftragten mit vier Sprecherinnen auf Bundesebene vertreten. Petra Borrmann, (Stadt Delmenhorst), Beate Ebeling (Stadt Wolfsburg) und Katrin Morof (Landkreis Helmstedt) gehörten dem Gremium bereits an.

Neben Susanne Löb wurden durch die Bundeskonferenz fünf weitere neue Sprecherinnen gewählt: Martina Trauth-Koschnick (Potsdam), Inge Trame (Stadt Gütersloh), Saskia Veit-Prang (Stadt Wiesbaden), Heike Gerstenberger (Berlin, Bezirk Pankow) und Brigitte Kowas (Berlin, Bezirk Reinickendorf).

Verabschiedet wurden Roswitha Bocklage (Gleichstellungsbeauftragte Stadt Wuppertal) und Heidrun Dräger (Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Ludwigslust-Parchim).

Das neue Sprecherinnengremium besteht aus 11 Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland. Sie vertreten die Belange von mehr als 1400 kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

74. Aachener Nachrichten

- <https://www.aachener-nachrichten.de/mobile/lokales/stolberg/gleichstellungsbeauftragte-treffen-sich-1.760501>
- Letzte Aktualisierung: 13.2.2014, 15.13 Uhr

Gleichstellungsbeauftragte treffen sich

Stolberg/Eschweiler – „Die Zeit ist reif für Veränderung.“ Dieses Fazit ziehen die Gleichstellungsbeauftragten aus der Region nach der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Potsdam.



22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. Die Region war im Potsdamer Kongresshotel „Am Templiner See“ gut vertreten. Foto: Barbara Thieme

Unter dem Motto „Wirklichkeit und Visionen – Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit“ diskutierten jetzt 420 Teilnehmerinnen aus ganz Deutschland aktuelle Frauen- und gleichstellungspolitische Fragen. Ulrike Lange-Wiemers nahm als Gleichstellungsbeauftragte der Städteregion Aachen mit Kolleginnen aus den regionsangehörigen Kommunen an dem mehrtägigen Treffen teil.

Auf der Bundeskonferenz, bei der auch die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, zu Gast war, wurde ein umfassender Forderungskatalog ausgearbeitet. Im Kern geht es darum, alle Führungsebenen gleichermaßen mit qualifizierten Frauen wie Männern zu besetzen,

wozu aus Sicht der Gleichstellungsbeauftragten eine umfassende Quotierungsregelung nötig sei. „In Zukunft wird es Gleichstellungspolitik für beide Geschlechter geben“, sagt Ulrike Lange-Wiemers. Dafür müssten aber ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden. Eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer brauche Personal, Zeit und Geld.

Darüber hinaus soll die Gleichbehandlung von Frauen und Männern in der Sprache verankert werden, also in Gesetzestexten, Verordnungen, Ausführungsbestimmungen und Veröffentlichungen. Die Städteregion Aachen geht hierbei mit gutem Beispiel voran: Einige Dienstanweisungen wurden bereits in der weiblichen Form geschrieben. Wieder in der Region angekommen, setzen die Gleichstellungsbeauftragten ihre Arbeit vor Ort mit neuen Impulsen fort, um die im Potsdam formulierten Visionen Wirklichkeit werden zu lassen.

Die Bundeskonferenz findet alle zwei Jahre statt und will gemeinsame Positionen, künftige Arbeitsschwerpunkte und Forderungen in der Gleichstellungspolitik formulieren. Sie ist außerdem eine Plattform zur Vernetzung mit Experten und Expertinnen aus Gesellschaft, Wissenschaft, Politik und Medien. Ein neu gewähltes Sprecherinnengremium vertritt ab sofort die Belange von mehr als 1400 kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

75. Nordhorn de

- <http://www.nordhorn.de/magazin/artikel.php?artikel=1174&menuid=45>

Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit

22. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen ist erfolgreich und unter großer Beteiligung zu Ende gegangen

Die Zeit ist reif für Veränderung! Das war das Motto der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Potsdam. Dieses Fazit zieht auch Anja Milewski, die als Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Nordhorn an der Konferenz teilnahm.

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig betonte zur Eröffnung der Bundeskonferenz die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort. Sie sei das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen. Schwesig versprach ihre politische Unterstützung. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle werde es nur durch die Gleichstellung von Männern und Frauen geben – und dafür müssten sich auch die Männer bewegen. Der Brandenburger Frauen- und Familienminister Günter Baaske forderte seinerseits die Parteien auf, mehr Frauen für Kommunalwahlen und Landesregierungen aufzustellen.

Wichtigste Feststellung der Konferenz: Die Zukunft der Gleichstellungspolitik liegt in der Förderung der Bedürfnisse beider Geschlechter. Da ist sich auch Anja Milewski sicher: „Moderne Gleichstellungsarbeit ist im Wandel, sie entwickelt sich immer weiter. Es geht immer mehr hin zu einer Arbeit für faire Chancen für Frauen und Männer“, so die städtische Gleichstellungsbeauftragte. Ziel sei dabei die Schaffung neuer Räume durch das Aufbrechen einengender Rollenbilder. „Dies auf eine Stadt wie Nordhorn zu übertragen, wird immer mehr auch als Standortvorteil zählen“, so Milewski.

Ganz praktisch hat sie hierzu vor allem zwei Punkte auf der Agenda: Zum einen die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege. Zum anderen konkrete Projekte, wie zum Beispiel aktuell den jährlichen „Zukunftstag für Mädchen und Jungen“. Dieser wurde ursprünglich als reiner „Girls Day“ geschaffen, hat sich aber bereits stark gewandelt: „Erfreulicherweise können wir in diesem Jahr bei der Stadt noch mehr Workshops anbieten, bei denen Jungen in die sogenannten klassischen Frauenberufe hineinschnuppern können“, berichtet Milewski. Fast 70 Jungen und Mädchen haben am 27. März die Möglichkeit, bei der Stadt Nordhorn stereotype Rollenbilder zu verlassen und gleichzeitig das Spektrum der eigenen Berufsorientierung zu erweitern.

„Das ist ein ideales Beispiel für moderne Gleichstellungsarbeit, die sich sowohl mit den Bedürfnissen der Frauen, als auch der Männer befasst“, so Milewski. Somit sei deutlich, dass sich die in Potsdam auf der großen politischen Bühne besprochenen

Punkte auch im Mittelzentrum Nordhorn und der Grafschaft Bentheim aktiv umsetzen lassen.



Foto: Barbara Thieme

76. Stadt Lehrte

- <http://www.lehrte.de/Familie-Soziales-Bildung/Frauen-und-Gleichstellungs-angelegenheiten/Gleichstellungsbeauftragte-aus-der-Region-Hannover-bei-der-Bundeskonzferenz-gut-vertreten.aspx>

Gleichstellungsbeauftragte aus der Region Hannover bei der Bundeskonferenz gut vertreten

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig betonte zur Eröffnung der Bundeskonferenz die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort: Sie sind das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen, sagte Schwesig und versprach ihre politische Unterstützung. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle werde es nur durch die Gleichstellung von Männern und Frauen geben – und dafür müssten sich auch die Männer bewegen.

Der Brandenburger Frauen- und Familienminister Günter Baaske forderte die Parteien auf, mehr Frauen für Kommunalwahlen und Landesregierungen aufzustellen. Dieser Forderung schließen sich die Gleichstellungsbeauftragten in der Region an. In Lehrte sind lediglich 9 von 41 Ratsmitgliedern weiblich. Noch schlechter sieht es in Aufsichtsräten und Führungsetagen der städtischen Töchterunternehmen aus. Auch da besteht dringender Handlungsbedarf.

Eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer braucht Personal, Zeit und Geld. In Zukunft wird es Gleichstellungspolitik für beide Geschlechter geben. Dafür müssen ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen dringend mehr Unterstützung in Politik und Rat und Sanktionsmöglichkeiten, wenn das Gleichstellungsgesetz missachtet wird.

Die 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fordert:

1. Um durchgängig alle Führungsebenen gleichermaßen mit qualifizierten Frauen wie Männern zu besetzen, braucht es eine umfassende Quotierungsregelung.
2. Ein Entgeltgleichheitsgesetz, das die Einführung eines diskriminierungsfreien Bewertungssystems mit Frauenförderregelungen in den Tarifverträgen koppelt. Wir fordern die Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse.
3. Das Betreuungsgeld und das Ehegattensplitting müssen abgeschafft werden. Wir wollen ein geschlechtergerechtes Steuersystem und damit Steuergerechtigkeit für alle.
4. Hilfesysteme für von Gewalt betroffene Frauen sollen als staatliche Pflichtaufgabe finanziert werden, z. B. Frauenhäuser, Notrufe und Beratungsstellen.
5. Die Kommune ist die Wiege der Demokratie. Die BAG fordert daher die Einführung paritätisch besetzter Wahlvorschlagslisten in den Kommunalvertreterinnen Deutschlands.
6. Gleichbehandlung in der Sprache soll in allen Gesetzestexten, Ausführungsbestimmungen, Verordnungen und Veröffentlichungen der Bundesregierung umgesetzt werden. Nur wer genannt ist, ist auch gemeint.

Neue Bundessprecherinnen

Die Bundeskonferenz hat insgesamt sechs neue Sprecherinnen gewählt: Martina Trauth-Koschnick (Potsdam), Inge Trame (Stadt Gütersloh), Saskia Veit-Prang (Stadt Wiesbaden), Heike Gerstenberger (Berlin, Bezirk Pankow), Susanne Löb (Landkreis

Wolfenbüttel), Brigitte Kowas (Berlin, Bezirk Reinickendorf)

Verabschiedet wurden Roswitha Bocklage (Gleichstellungsbeauftragte Stadt Wuppertal) und Heidrun Dräger (Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Ludwigslust-Parchim)

77. Landkreis Stade

- <http://www.gleichstellungsbeauftragte-landkreis-stade.de/aktuelles.html>

Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit

22. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen ist erfolgreich zu Ende gegangen

„Sie sind das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen.“ Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig betonte zur Eröffnung der Bundeskonferenz die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort und versprach ihre politische Unterstützung. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle werde es nur durch die Gleichstellung von Männern und Frauen geben – und dafür müssten sich auch die Männer bewegen, betonte die Ministerin.

Die Zeit ist reif für Veränderung! Das ist das Fazit der 22. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Potsdam. Unter dem Titel „Wirklichkeiten und Visionen, Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit“ trafen sich über 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus dem gesamten Bundegebiet vom 26. bis 28. Januar in Potsdam.

„Erfolgreiche Gleichstellungsarbeit erfordert, sich ständig neuen Anforderungen zu stellen“, so der Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros in Niedersachsen. Auf dem Weg hin zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft gilt es, neue Themen aufzugreifen, engagierte Positionen zu entwickeln und in der institutionellen Gleichstellungspolitik auf kommunaler Ebene umzusetzen. Für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer müssen ausreichend

Ressourcen – Personal, Zeit und Geld – bereitgestellt werden.

Die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten forderten auf der 22. Bundeskonferenz:

- eine umfassende Quotierungsregelung, um alle Führungsebenen gleichermaßen mit qualifizierten Frauen und Männern zu besetzen
- ein Entgeltgleichheitsgesetz, das die Einführung eines diskriminierungsfreien Bewertungssystems mit Frauenförderregelungen in den Tarifverträgen koppelt sowie die
- Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse,
- die Abschaffung von Betreuungsgeld und Ehegattensplitting,
- ein geschlechtergerechtes Steuersystem – diese Forderung hatte die LAG Niedersachsen eingebracht,
- die Finanzierung der Hilfesysteme für von Gewalt betroffene Frauen, z. B. Frauenhäuser, Notrufe und Beratungsstellen, als staatliche Pflichtaufgabe,
- die Einführung paritätisch besetzter Wahlvorschlagslisten in allen Kommunalvertretungen sowie
- Gendergerechtigkeit in der Sprache.

Bei der Neuwahl der Bundessprecherinnen wurde mit Susanne Löb, Landkreis Wolfenbüttel, eine weitere Niedersächslerin berufen. Nunmehr sind die Niedersächsischen Gleichstellungsbeauftragten mit vier Sprecherinnen auf Bundesebene vertreten. Petra Borrmann, (Stadt Delmenhorst), Beate Ebeling (Stadt Wolfsburg) und Katrin Morof (Landkreis Helmstedt) gehörten dem Gremium bereits an.

Neben Susanne Löb wurden durch die Bundeskonferenz fünf weitere neue Sprecherinnen gewählt: Martina Trauth-Koschnick (Potsdam), Inge Trame (Stadt Gütersloh), Saskia Veit-Prang (Stadt Wiesbaden), Heike Gerstenberger (Berlin, Bezirk Pankow) und Brigitte Kowas (Berlin, Bezirk Reinickendorf).

Verabschiedet wurden Roswitha Bocklage (Gleichstellungsbeauftragte Stadt Wuppertal) und Heidrun

Dräger (Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Ludwigslust-Parchim).

Das neue Sprecherinnengremium besteht aus 11 Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland. Sie vertreten die Belange von mehr als 1400 kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

78. Gynäkologen.com

- <http://www.freischem.de/index.php?f=News&c=News&ID=266&t=Bundesministerin+Schwesig+Prozent3A+Frauen+und+M+ProzentE4nner+m+ProzentFCssen+gleiche+-+Chancen+bekommen>
- 27.1.2014

Bundesministerin Schwesig: Frauen und Männer müssen gleiche Chancen bekommen

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, wird die Gleichstellung von Frauen und Männern zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen.

Das kündigte Schwesig heute (Montag) auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros vor über 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland in Potsdam an.

„Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte die Bundesministerin. „Wir wollen die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zudem brauchen wir mehr Frauen in Führungspositionen. Ein Schlüssel für diese Themen ist, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer zu verbessern.“

In ihrer Ansprache betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern.

Die Bundesfrauenministerin nannte eine Reihe von gleichstellungspolitischen Reformprojekten: Dazu zählen neben einer gesetzlichen Regelung zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen auch Maßnahmen zur Reduzierung der Entgeltlücke oder das ElterngeldPlus, das Müttern wie Vätern die bestmögliche Inanspruchnahme des Elterngeldes ermöglicht.

Die Ministerin betonte, dass für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik nicht nur Reformen auf Bundesebene notwendig seien, sondern auch eine kontinuierliche Arbeit vor Ort. Schwesig dankte den Anwesenden für ihr Engagement und erklärte, dass die Gleichstellungsarbeit unverzichtbar für die örtlichen Strukturen sei und bleiben müsse.

79. Sarstedt.de

- <http://www.sarstedt.de/index.phtml?object=txl1737.1.1&ModID=7&FID=1905.1322.1&mNavID=1737.1>

(LKH 14-01) 22. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Potsdam



Bundesministerin Manuela Schwesig eröffnete die Bundeskonferenz. Foto: Sarah Kleemann

Die Zeit ist reif für Veränderung! Dieses Fazit ziehen die Gleichstellungsbeauftragten Ursula Geiger aus Bad Salzdorf, Angela Geweke vom Landkreis Hildesheim und Karin Jahns aus der Stadt Hildesheim nach der Teilnahme an der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Potsdam.

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig begrüßte mehr als 400 Teilnehmerinnen und betonte zur Eröffnung der Bundeskonferenz die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort: „Sie sind das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen“, sagte Schwesig und versprach ihre politische Unterstützung. „Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte die Bundesministerin. „Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“

In ihrer Ansprache betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft zu ermöglichen und zu fördern.

Der Brandenburger Frauen- und Familienminister Günter Baaske forderte die Parteien auf, mehr Frauen für Kommunalwahlen und Landesregierungen aufzustellen. In der Region Hildesheim ist der Frauenanteil in den Gremien mit einem Drittel deutlich höher als im Durchschnitt. Deutlich schlechter sieht es in Aufsichtsräten und Führungsetagen der kommunalen Töchterunternehmen aus. Auch da besteht dringender Handlungsbedarf.

Die Gleichstellungsbeauftragten aus Stadt und Landkreis Hildesheim positionieren sich eindeutig: „Eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer braucht Personal, Zeit und Geld. In Zukunft wird es Gleichstellungspolitik für beide Geschlechter geben. Dafür müssen ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen weiterhin Unterstützung in Politik und Verwaltung sowie Sanktionsmöglichkeiten, wenn das Gleichberechtigungsgesetz missachtet wird.“

80. Markenpost

- <http://www.markenpost.de/schwesig-will-gleichstellung-zu-schwerpunkt-ihrer-politik-machen-70654/>
- 27.1.2014

Schwesig will Gleichstellung zu Schwerpunkt ihrer Politik machen

Potsdam (dts) – Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will die Gleichstellung von Männern und Frauen zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen. Das kündigte die SPD-Politikerin am Montag auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros in Potsdam an. „Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte Schwesig.

„Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“ Zugleich betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern, so die Familienministerin.

81. Flensburg online

- <http://www.flensburg-online.de/blog/2014-01/schwesig-will-gleichstellung-zu-schwerpunkt-ihrer-politik-machen.html>
- 27. Januar 2014 by Redaktion

Schwesig will Gleichstellung zu Schwerpunkt ihrer Politik machen

Potsdam (dts Nachrichtenagentur) – Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will die Gleichstellung von Männern und Frauen zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen. Das kündigte die SPD-Politikerin am Montag auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft

kommunaler Frauenbüros in Potsdam an. „Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte Schwesig.

„Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“ Zugleich betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern, so die Familienministerin.

82. Business Panorama

- <http://business-panorama.de/news.php?newsid=213458>
- Autor: Volker Schmidt
- 27.1.2014

Gesellschaft: Schwesig will Gleichstellung zu Schwerpunkt ihrer Politik machen

Potsdam – Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will die Gleichstellung von Männern und Frauen zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen. Das kündigte die SPD-Politikerin am Montag auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros in Potsdam an.

Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben, sagte Schwesig. Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden. Zugleich betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen.

Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern, so die Familienministerin.

83. Unternehmen heute

- <http://unternehmen-heute.de/news.php?newsid=213458>

Gesellschaft: Schwesig will Gleichstellung zu Schwerpunkt ihrer Politik machen

Potsdam – Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will die Gleichstellung von Männern und Frauen zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen. Das kündigte die SPD-Politikerin am Montag auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros in Potsdam an.

Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben, sagte Schwesig. Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden. Zugleich betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen.

Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern, so die Familienministerin.

84. Finanznachrichten

- <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2014-01/29238852-schwesig-will-gleichstellung-zu-schwerpunkt-ihrer-politik-machen-003.htm>
- © 2014 dts Nachrichtenagentur

Schwesig will Gleichstellung zu Schwerpunkt ihrer Politik machen

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will die Gleichstellung von Männern und Frauen zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen. Das kündigte die SPD-Politikerin am Montag auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros in Potsdam an.

„Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte Schwesig. „Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“ Zugleich betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen.

Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern, so die Familienministerin.

85. News 25

- <http://www.news25.de/news.php?id=93653&title=Schwesig+will+Gleichstellung+zu+Schwerpunkt+ihrer+Politik+machen&storyid=1390842357868>

Schwesig will Gleichstellung zu Schwerpunkt ihrer Politik machen

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will die Gleichstellung von Männern und Frauen zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen. Das kündigte die SPD-Politikerin am Montag auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesar-

beitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros in Potsdam an. „Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte Schwesig.

„Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“ Zugleich betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern, so die Familienministerin.

86. Extrem News

- <http://www.extremnews.com/nachrichten/politik/8cf614b9d192196>
- Freigeschaltet am 28.1.2014 um 6.44 Uhr durch Thorsten Schmitt

Schwesig will Gleichstellung zu Schwerpunkt ihrer Politik machen

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will die Gleichstellung von Männern und Frauen zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen. Das kündigte die SPD-Politikerin am Montag auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros in Potsdam an.

„Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte Schwesig. „Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“

Zugleich betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor

allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern, so die Familienministerin.

87. Rehmnetz

- <http://www.rehmnetz.de/Personal/Gleichstellungsrecht/Gleichstellungsrechtunterseiten/Bundesministerin-Schwesig-Frauen-und-Maenner-muessen-gleiche-Chancen-bekommen-10956.html>
- 28.1.2014, Newsbeitrag

Bundesministerin Schwesig: „Frauen und Männer müssen gleiche Chancen bekommen“

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, wird die Gleichstellung von Frauen und Männern zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen. Das kündigte Schwesig am 27. Januar 2014 auf der 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros vor über 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland in Potsdam an.

Bundesministerin Schwesig: „Frauen und Männer müssen gleiche Chancen bekommen“

„Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte die Bundesministerin. „Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“

In ihrer Ansprache betonte Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern.

Die Bundesfrauenministerin nannte eine Reihe von gleichstellungspolitischen Reformprojekten: Dazu zählen neben einer gesetzlichen Regelung zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen auch Maßnahmen zur Reduzierung der Entgeltlücke oder das ElterngeldPlus, das Müttern wie Vätern die bestmögliche Inanspruchnahme des Elterngeldes ermöglicht.

Die Ministerin betonte, dass für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik nicht nur Reformen auf Bundesebene notwendig seien, sondern auch eine kontinuierliche Arbeit vor Ort. Schwesig dankte den Anwesenden für ihr Engagement und erklärte, dass die Gleichstellungsarbeit unverzichtbar für die örtlichen Strukturen sei und bleiben müsse.

88. Stadt Wolfsburg

- <http://www.presse-service.de/data.cfm/static/872517.html>
- *Presse-Information, 30.1.2014, Wolfsburg*
- *Pressekontakt: Kommunikation, Andreas Carl, 05361/28-2301*

Wolfsburg bei Gleichstellung auf gutem Weg Gleichstellungsbeauftragte zieht positives Fazit nach Bundestreffen in Potsdam

Wolfsburg ist in Sachen Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf einem guten Weg. Dieses Fazit hat Beate Ebeling, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt, nach einem Treffen der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros in Potsdam gezogen. Dabei diskutierten die mehr als 420 Teilnehmerinnen über Visionen und Wirklichkeiten der Gleichstellungsarbeit und stellten fest, dass es in Zukunft Gleichstellungspolitik für beide Geschlechter geben muss.

Die Stadt Wolfsburg setzt sich bereits für dieses Ziel ein, erklärt Ebeling: „Wir müssen in der Gleichstellungspolitik beide Geschlechter in ihren Unterschiedlichkeiten wahrnehmen. So wurde im Gleichstellungsplan der Wolfsburger Stadtverwaltung verankert, dass das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausdrücklich für beide Geschlechter – Frauen und Männer – gelten soll.“ Auch die kürzlich

vom Rat der Stadt beschlossene Einrichtung eines Väterbüros weist für Ebeling auf dem Weg in eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer in die richtige Richtung.

Auf der Konferenz forderten die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Deutschland unter anderem mehr Frauen in Führungspositionen, ein geschlechtergerechtes Steuersystem, ein Entgeltgleichheitsgesetz und die Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse. Beate Ebeling sieht hier dringenden Handlungsbedarf: „Wir mussten erst letztes Jahr wieder bei einer Veranstaltungsreihe zum Thema „Frauen in Sozial- und Gesundheitsberufen“ schmerzlich feststellen, dass die Frauen in diesen Berufsfeldern verantwortungsvolle, schwere Tätigkeiten ausüben und weder eine gesellschaftliche Anerkennung noch eine angemessene Bezahlung bekommen.“

Nicht alle Kommunen können es sich wie Wolfsburg leisten, umfassende Hilfesysteme für von Gewalt betroffene Frauen vor Ort vorzuhalten. Im Sinne von gleichwertigen Lebensbedingungen innerhalb Deutschlands wird sich Beate Ebeling daher auch für die Forderung aus der Bundeskonferenz einsetzen, dass die Hilfesysteme wie z. B. Frauenhäuser, Notrufe und Beratungsstellen als staatliche Pflichtaufgabe finanziert werden müssen.

89. Stadt Kaiserslautern

- <http://www.nachrichten-kl.de/kaiserslautern/news/item/20064-wirklichkeit-und-visionen-22-bundeskonferenz-fuer-gleichstellungsarbeit>
- Quelle: Pressestelle der Stadtverwaltung Kaiserslautern

Wirklichkeit und Visionen – 22. Bundeskonferenz für Gleichstellungsarbeit Kaiserslauterer Gleichstellungsbeauftragte, Marlene Isenmann-Emser, nimmt an Konferenz in Berlin teil

„Die Zeit ist reif für eine Veränderung!“ Dieses Fazit zieht die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Kaiserslautern, Marlene Isenmann-Emser, nach der Teilnahme an der 22. Bundeskonferenz der kom-

munalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Potsdam.

Zur Eröffnung der Konferenz betonte Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort. „Sie sind das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen“, sagte Schwesig und versprach ihre politische Unterstützung. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle werde es nur durch die Gleichstellung von Frauen und Männern geben – und dafür müssten sich auch die Männer bewegen.

Unter anderem fordert die 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten daher eine Quotierungsregel, um Führungsebenen gleichermaßen mit qualifizierten Frauen wie Männern zu besetzen. Weiterhin soll auch die Gleichbehandlung in der Sprache in allen Gesetzestexten, Ausführungsbestimmungen, Verordnungen und Veröffentlichungen der Bundesregierung umgesetzt werden.

Ebenfalls großes Handlungspotenzial in der Gleichstellungsarbeit sieht die Kaiserslauterer Beauftragte: „Es macht mich immer wieder nachdenklich, aber auch traurig, wenn ich sehe, dass manche Forderungen, die die Mütter der Verfassung zum Thema Gleichberechtigung von Frauen und Männern vor mehr als 60 Jahren hatten, bis heute nicht erreicht sind. Dass nach dem Grundgesetz Frauen und Männer gleiche Rechte haben, schlägt sich weder in der Politik noch in der Gesellschaft in fairem Teilen von Macht nieder“, so Isenmann-Emser. Tatkräftig treibt die Kaiserslauterer Gleichstellungsbeauftragte die Ebenbürtigkeit von Männern und Frauen voran. Wie auf der Konferenz einstimmig befunden, schließt sich auch Isenmann-Emser an, dass Veränderungen herbeigeführt werden müssen. Nur so könnte zukünftig Chancengleichheit unabhängig von Geschlecht existieren. Mit Tatendrang will die Kaiserslauterin auch im Jahr 2014 neue Hürden nehmen und veralteten Denkstrukturen eine deutliche Absage erteilen.

90. Deutscher Frauenring

- <http://www.deutscher-frauenring.de/aktuelles/nachrichten/bundesministerin-manuela-schwesig-macht-gleichstellung-von-frauen-und-maennern-zu-einem-schwerpunkt-ihrer-politik>

Bundesministerin Manuela Schwesig macht Gleichstellung von Frauen und Männern zu einem Schwerpunkt ihrer Politik

Anlässlich des Bundeskongresses kommunaler Gleichstellungsbeauftragter, an dem auch der DFR teilnahm, stellte die Bundesministerin in ihrer Eröffnungsrede die Eckpunkte ihres Handelns in der kommenden Legislaturperiode vor.

„Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte die Bundesministerin. „Wir wollen erstens die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zweitens muss der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden und drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer verbessert werden.“

In ihrer Ansprache betonte Manuela Schwesig, es sei ihr ein zentrales Anliegen, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Es gelte, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern.

Die Bundesfrauenministerin nannte eine Reihe von gleichstellungspolitischen Reformprojekten: Dazu zählen neben einer gesetzlichen Regelung zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen auch Maßnahmen zur Reduzierung der Entgeltlücke oder das ElterngeldPlus, das Müttern wie Vätern die bestmögliche Inanspruchnahme des Elterngeldes ermöglicht.

Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld wird die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sein. In Zusammenarbeit mit den Länderministern soll nach Lösungen gesucht werden, um die Existenz guter, bestehender Hilfsangebote für betroffene Frauen zu sichern.

Die Ministerin betonte, dass für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik nicht nur Reformen auf Bundesebene notwendig seien, sondern auch eine kontinuierliche Arbeit vor Ort.

91. Euregio Aachen

- <http://euregio-aachen.de/teilnehmerinnen-bundeskonferenz-gleichstellungsbeauftragten-potsdam/>
- 13.2.2014, von Redaktion Euregio-Aachen

Teilnehmerinnen bei Bundeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten in Potsdam



Die Gleichstellungsbeauftragten aus der Region trafen sich jetzt mit anderen in Potsdam (v.l.n.r.): Bettina Eil (Kreis Euskirchen), Roswitha Damen (Stadt Aachen), Silke Tamm-Kanj (Stadt Würselen), Birgit Kuballa (Stadt Herzogenrath), Mandy Geithner (Stadt Jülich), Ulrike Lange-Wiemers (StädteRegion Aachen) und Sigrid Harzheim (Stadt Eschweiler).
Foto: Barbara Thieme

„Die Zeit ist reif für Veränderung!“ Dieses Fazit ziehen die Gleichstellungsbeauftragten aus der Region nach der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Potsdam. Unter dem Motto „Wirklichkeit und Visionen – Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit“ diskutierten jetzt 420 Teilnehmerinnen aus ganz Deutschland aktuelle Frauen- und gleichstellungspolitische Fragen. Ulrike Lange-Wiemers nahm als Gleichstellungsbeauftragte der StädteRegion Aachen mit Kolleginnen aus den regionsangehörigen Kommunen an dem mehrtägigen Treffen teil.

Auf der Bundeskonferenz, bei der auch die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, zu Gast war, wurde ein umfassender Forderungskatalog ausgearbeitet. Im Kern geht es darum, alle Führungsebenen gleichermaßen mit qualifizierten Frauen wie Männern zu besetzen, wozu aus Sicht der Gleichstellungsbeauftragten eine umfassende Quotierungsregelung nötig sei. „In Zukunft wird es Gleichstellungspolitik für beide Geschlechter geben“, sagt Ulrike Lange-Wiemers. Dafür müssten aber ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden. Eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer brauche Personal, Zeit und Geld.

Darüber hinaus soll die Gleichbehandlung von Frauen und Männern in der Sprache verankert werden, also in Gesetzestexten, Verordnungen, Ausführungsbestimmungen und Veröffentlichungen. Die StädteRegion Aachen geht hierbei mit gutem Beispiel voran: Einige Dienstanweisungen wurden bereits in der weiblichen Form geschrieben. Wieder in der Region angekommen, setzen die Gleichstellungsbeauftragten ihre Arbeit vor Ort mit neuen Impulsen fort, um die im Potsdam formulierten Visionen Wirklichkeit werden zu lassen.

Die Bundeskonferenz findet alle zwei Jahre statt und will gemeinsame Positionen, künftige Arbeitsschwerpunkte und Forderungen in der Gleichstellungspolitik formulieren. Sie ist außerdem eine Plattform zur Vernetzung mit Experten und Expertinnen aus Gesellschaft, Wissenschaft, Politik und Medien. Ein neu gewähltes Sprecherinnengremium vertritt ab sofort die Belange von mehr als 1400 kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

Weitere Infos gibt es im Internet unter www.frauenbeauftragte.de

92. Emsland de

- http://www.emsland.de/aktuell/pressemitteilungen/arbeit_bestimmt_von_wirklichkeit_und_visionen.html
- 6.2.2014

Arbeit bestimmt von Wirklichkeit und Visionen Emsländische Gleichstellungsbeauftragte nehmen an Bundeskonferenz teil

Meppen. Auf der 22. Bundeskonferenz kommunaler Gleichstellungs- und Frauenbeauftragter Deutschlands in Potsdam, die nun zu Ende gegangen ist, waren auch emsländische Gleichstellungsbeauftragte vertreten. Neben der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Emsland, Marlies Kohne, nahmen auch Regina Gerdes von der Stadt Papenburg, Mechthild Kümling von der Samtgemeinde und Stadt Freren, Elisabeth Mecklenburg von der Stadt Meppen und Angelika Roelofs von der Stadt Lingen an der Konferenz teil. Im Mittelpunkt standen Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit, aber auch Anregungen und Motivation für die wichtige Aufgabe.

„Unsere Arbeit ist bestimmt von Wirklichkeit und Visionen“, sagt Kohne. „In vielen Bereichen ist festzustellen, dass die Gleichstellungspolitik, die wir für Frauen und Männer machen, Erfolge zeigt. Aber es gibt auch noch viel zu tun: So liegt der Frauenanteil in den kommunalen Vertretungen im Landkreis Emsland lediglich bei 19,7 Prozent. Im Berufsleben üben immer noch mehr Frauen als Männer Teilzeitsjobs aus, d. h. die Verantwortung für Familie und Haushalt liegt tradiert noch immer vermehrt bei den Frauen. 88,7 Prozent der Teilzeitbeschäftigten im Emsland sind Frauen. Von aktuell insgesamt 37.522 geringfügig Beschäftigten sind 24.965 Frauen, die 12.557 Männern gegenüberstehen“, stellt Kohne die aktuelle Situation dar. Hier sei noch Handlungsbedarf, sagt sie.

Als wesentliches Ergebnis der Bundeskonferenz wurden einige Forderungen formuliert. Dazu zählte u. a. eine umfassende Quotenregelung, um durchgängig alle Führungsebenen mit qualifizierten Frauen und Männern zu besetzen, die Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, Steuergerechtigkeit

für alle und die staatliche Finanzierung von Hilfesystemen für von Gewalt betroffene Frauen, wie Frauenhäuser, Notrufe und Beratungsstellen.

Zudem wurde ein neues Sprecherinnengremium gewählt, das aus elf Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland besteht. Sie vertreten künftig die Belange von mehr als 1400 kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

93. Verdi Bayern

- <https://www.facebook.com/verdi.frauen.bayern/posts/10201399030245621>

Deutscher Frauenrat: Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros: Damit aus der Vision Wirklichkeit wird

„Sie haben eine Vision: Keine kommunale Entscheidung mehr, ohne dass sie beteiligt werden. Doch die kommunalen Frauenbeauftragten wissen, die Realität sieht anders aus: zu wenig Personal und Budget, zu wenig Anerkennung, schlechte Bezahlung. Auf ihrer Potsdamer Bundeskonferenz hat die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros (BAG) ihre Wünsche formuliert, damit aus der Vision Wirklichkeit wird.“

94. NDR Intranet

22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, wird die Gleichstellung von Frauen und Männern zu einem Schwerpunkt ihrer Politik der nächsten vier Jahre machen. Das kündigte sie beim 22. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros vor mehr als 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland in Potsdam an.

„Ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagte die Bundesministerin. „Wir wollen die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beseitigen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden. Zudem brauchen wir

mehr Frauen in Führungspositionen. Ein Schlüssel für diese Themen ist, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer zu verbessern.“ Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle werde es nur durch die Gleichstellung von Männern und Frauen geben- und dafür müssten sich auch die Männer bewegen.

Die Gleichstellungsbeauftragte des NDR, Nicole Schmutte, die bei dem Bundeskongress eingeladen war, betont, „Frau Schwesig hat deutlich gemacht, dass es ihr ein zentrales Anliegen ist, die Ungerechtigkeiten, die für Frauen vor allem in der Arbeitswelt bestehen, zu beseitigen. Ihr ist es wichtig, die partnerschaftliche Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern – ob in der Familie, im Beruf oder der Gesellschaft, zu ermöglichen und zu fördern“.

Die Partnerschaftlichkeit in Familien müsse verbessert werden: Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Allensbach wünschen sich 60 Prozent der Eltern Zeit für Familie und Beruf. Nur 14 Prozent können das realisieren. Bei der Beteiligung von Männern im Haushalt liegt Deutschland weit hinten.

54 Prozent der Frauen finden, dass die Gleichberechtigung noch nicht erreicht ist. Die Teilnehmerinnen des Kongresses waren sich mit der Bundesministerin einig, dass nur durch das Engagement von Männern und Frauen in Politik, Verwaltungen, Unternehmen und Medien erreicht werden könne, dass die Hälfte der Gesellschaft die gleichen Chancen bekommt. In Zukunft wird es in den Kommunen Gleichstellungspolitik für beide Geschlechter geben. Die Bundesarbeitsgemeinschaft BAG forderte dafür ausreichend Ressourcen bereitzustellen.

Nicole Schmutte: „Da wir im NDR die Gleichstellungspolitik für beide Geschlechter bereits leben, konnte ich meine Erfahrungen an die Kolleginnen weitergeben. Und es wurde deutlich, dass dies ein Paradigmenwechsel in der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten ist.“

95. Nienburger Zeitung

24 Die Marke, Nienburger Zeitung AUS DER REGION Mittwoch, 30. Februar 2024 - Nr. 34

Wirklichkeit und Visionen

22. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen ging in Potsdam erfolgreich zu Ende

Potsdam: „Die Zeit ist reif für Veränderungen“, diesen Satz hielt die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt, Flavia Auf dem Berge, nach der Teilnahme an der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Potsdam.

Bundeskonferenzleiterin Manuela Schwesig betonte zur Eröffnung der Bundeskonferenz die Wichtigkeit der Gleichstellungssarbeit vor Ort: „Sie sind das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen“, sagte Schwesig und versprach den 445 anwesenden Frauen und Gleichstellungsbeauftragten ihre politische Unterstützung, Fachrat, Solidarität und Geruchkraft für alle werden es nur durch die Gleichstellung von Männern und Frauen geben – und dafür müssen sich auch die Männer bewegen.

Der Brandenburger Frauen- und Familienminister Günter Haack forderte die Parteien auf, mehr Frauen für Kommunalwahlen und Landesparlamente aufzustellen. „Diese Forderung gilt auch für unsere Kommunen“, erklärt Auf dem Berge. „In Nien-



burg und Umgebung zwei Frauen im Rat oder in Männern. Auch in den Aufsichtsräten und Führungskräften der städtischen Tochterunternehmen, besond Handlungsfelder. Eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer braucht Personal, Zeit und Geld. Gleichstellungspolitik geht für beide

Geschlechter. Dafür müssen ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden“, betont die Gleichstellungsbeauftragte.

Die Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten werden

1. Um durchgängig alle Hilfenleistungen gleichermäßen mit qualifizierten Frauen wie Männern zu leisten, braucht es eine umfassende Quotenregelung.

2. Ein Einstellungsparagrafen, die die Einführung eines dualen Einstellungsparagrafen in den Tarifverträgen koppelt. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse dürfen nicht angeboten werden.

3. Das Fernstudienmodell und die Möglichkeit müssen abgeschafft werden. Es muss ein geschlechtsgerechtes Bewerbungsverfahren und damit Bewerbungsverfahren für alle eingeführt werden.

4. Hilfenetze für von Gewalt betroffene Frauen müssen als staatliche Pflichtaufgabe

zustehen werden. ... 5. Frauenhäuser, Schutz und Beratungsdienste.

5. Die Kommunen ist die Waage der Demokratie. Die Stadt fördert dabei die Einführung politischer Leitender Wahlberechtigten für die Kommunalparlamente.

6. Gleichstellung ist der Sprache muss in allen Kommunikation, Ausführungshilfen, Strategien und Umsetzungen der Bundesregierung umgesetzt werden. Nur wir können es, es auch gemacht.

Die Bundeskonferenz hat insgesamt viele neue Themenbereiche gewirkt: Martina Theuß-Krausnick (Potsdam), Inge Trauer (Halle/Gerstedt), Ingrid Von Prang (Halle/Wittenberg), Ingrid Gernsbacher (Halle), Ingrid Pöschel, Ingrid Loh (Landkreis Wittenberg), Ingrid Lorenz (Halle, Ingrid Kerschbaum).

Verabschiedet wurden Ingrid Lorenz (Gleichstellungsbeauftragte, Ingrid Wappert) und Ingrid Lorenz (Gleichstellungsbeauftragte, Landkreis Landheim/Farmland). 20

Teilnehmerinnen der Bundeskonferenz zusammen mit Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig in Potsdam.

Herausgegeben von

Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler
Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG)

Kontakt

Geschäftsstelle der BAG
Brunnenstraße 128, 13355 Berlin
Telefon: 030 /41 71 54 06
Fax: 030/41 71 54 07
bag@frauenbeauftragte.de
www.frauenbeauftragte.de

Information und Fotos zur Konferenz

www.frauenbeauftragte.de

Die Zusammenstellung der Texte und Bildbeiträge
sowie die Gesamtherstellung erfolgte mit der
gebotenen Sorgfalt, jedoch ohne Gewähr.

Redaktion

Anke Spiess, Pressereferentin
der 22. Bundeskonferenz

Lektorat

Beate Ebeling, Gleichstellungsbeauftragte,
Stadt Wolfsburg,
Roswitha Bocklage, Gleichstellungsbeauftragte,
Stadt Wuppertal,
Dr. Hiltrud Höreth, Gleichstellungsbeauftragte,
Stadt Aschaffenburg

Koordination

Ramona Ebert, Geschäftsstelle der BAG kommu-
naler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen

Gestaltung, Satz und Produktion

Pauline Denecke, www.paulinedenecke.de

Die Bundeskonferenz und die Erstellung der
Dokumentation wurden gefördert durch das Bundes-
ministerium für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend und das Ministerium für Arbeit, Soziales,
Frauen und Familie des Landes Brandenburg.

gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



LAND
BRANDENBURG

Ministerium für Arbeit, Soziales,
Frauen und Familie



